

# progress

Magazin der  
österreichischen  
Hochschüler\_innenschaft  
**Juni 02/2018**

[www.progress-online.at](http://www.progress-online.at)

## Andere

Sanktionen? Ein Interview mit Bundesminister Heinz Faßmann. **8**

## reden

oder schweigen? Gedenkkultur im Burgenland. **14**

## übers

Gedenken: Von Konzentrationslagern und Sonntagsreden. **22**

## Wetter

-umschwung: Aus für Arbeitsloseninitiative in Niederösterreich. **16**



# TRÜB VERHANGEN

P.b.b.|ErscheinungsortWien|Verlagspostamt1040|GZ02Z031545M|EUR0,73

# ÖH Versicherung

Als ÖH-Mitglied genießt du, im Rahmen deines Studiums, bei der Generali Versicherungs AG eine umfassende Unfall- und Haftpflichtversicherung.



Mail: [studierendenversicherung@oeh.ac.at](mailto:studierendenversicherung@oeh.ac.at)



Unter [oeh.ac.at/versicherung](http://oeh.ac.at/versicherung) findest du auch die jeweilige Ansprechperson für deine Hochschule



Fragen: [oeh.ac.at/versicherung](http://oeh.ac.at/versicherung)

[oeh.ac.at/versicherung](http://oeh.ac.at/versicherung)



**FAIRER HANDEL:**

**ES LIEGT  
IN DEINER  
HAND**



**25 JAHRE**

## 25 JAHRE FAIRNESS.

Setze ein Zeichen für mehr Fairness im Handel und Sorge mit deiner Entscheidung für eine höhere Lebensqualität von Kleinbauernfamilien und PlantagenarbeiterInnen weltweit.

Denn mit jedem Kauf von FAIRTRADE-Produkten liegt es in deiner Hand, die Welt Stück für Stück zu verbessern.

[WWW.FAIRTRADE.AT/JUBILAEUM](http://WWW.FAIRTRADE.AT/JUBILAEUM)

## 04 GEMEINSAM GEGEN STUDIENGEBÜHREN!

Updates zu hochschulpolitischen Entwicklungen und Tätigkeiten der ÖH Bundesvertretung.

## Bildung

### 06 STUDENTIN. MUTTER. ALLEINERZIEHEND.

Zwischen Pflichtseminar, Kindergartengruppe und Armutsfalle: Alltag und Lebensrealität alleinerziehender Studierender.

### 08 „ICH BIN SANKTIONREALIST.“

Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Interview über Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen, Schulschwänzen und die schwarz-blaue Regierung.

### 10 SCHWARZ- BLAU: WAS AUF UNS ZUKOMMT

Abschaffung der Jugendvertrauensräte\_innen, Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger, Zerschlagung der AUVA: Die Pläne der Bundesregierung.

## Wissenschaft und Politik

### 12 GRENZGÄNGE. DER AUTORITÄRE KONSSENS EUROPAS

Was der kommende Vorsitz Österreichs im Rat der Europäischen Union bedeuten wird.

### 14 MEIN VERGESSENER NACHBAR

Über die vertriebenen, ermordeten und aus dem Gedächtnis verschwundenen Roma und Romnija im Burgenland.

### 16 AUS FÜR ASINOE. KEINE CHANCE FÜR LANGZEITARBEITLOSE?

Was das Aus der „Archäologisch- Sozialen Initiative Niederösterreich“ für die Betroffenen bedeutet.

**BILDUNG:** Richard Klippfeld

**WISSENSCHAFT UND POLITIK:** Alexander Gotter

**FEUILLETON:** Sarah Langoth

**DOSSIER:** Timea Terenyei

## Dossier

### 19 „BEKENNT SICH DIE UNIVERSITÄT ZUR MITVERANTWORTUNG?“

Der Zeithistoriker Mag. Dr. Herbert Posch im Interview über die Aufarbeitung der NS-Zeit an der Universität Wien.

### 20 JUBEL OHNE ENDE. DIE NAZIFIZIERUNG DER UNI INNSBRUCK

Die Auswirkungen des Anschluss 1938 auf Strukturen, Personal und Lehre an der Universität Innsbruck.

### 22 VOM DUMMSTELLEN UND IGNORIEREN. GESCHICHTEN DER ÖSTERREICHISCHEN GEDENKPOLITIK

Über die vergessenen Nebenlager des KZ Mauthausen.

### 24 GEDENKEN IM ZEICHEN DES ZWIESPALTS

Der Umgang der Nachkriegsparteien mit dem Austro-Faschismus und der NS-Zeit.

### 26 DEN FRAUEN IHR RECHT!

Die Erämpfung des Frauenwahlrechts und die Rolle, die die Gewerkschaften dabei gespielt haben.

## Feuilleton

### 28 UNTENRUM UND OBENRUM

Philosophisch-satirische Ausführungen über Gott und die Welt von Maximilian Zirkowitsch.

### 30 REZENSIONEN

Von deutschen Linken, die Juden selektieren, echter Geilheit und wie es ist, die eigenen Verbrechen auszustellen. Mit musikalischer Untermalung. Vorhang auf für unsere Rezensionen.

## Impressum

**Ausgabe:** 02/2018

**Auflage:** 60.000

**Erscheinungsmonat:** Juni

**Medieninhaberin:** Österreichische Hochschüler\_innenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

**Kontakt für Abo-Fragen:** [progress-online.at/abo](http://progress-online.at/abo) (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

**Kontakt Redaktion:** [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

**Redaktion:** Lukas Bürstmayr, Davor Frkat, Karin Stanger und Liam Alexander Wülbeck

**Autor\_innen dieser Ausgabe:** Andrea Berger, Julia Coufal, Adrian Jonas Haim, Nikola Ilic, Katja Krüger, Marie Luise Lehner, Katja List, Theresa Loibl, Johannes Mayerhofer, Vincent Perle, Paul Pumsenberger, Julia Rainer, Julia Spacil, Salme Taha Ali, Konstantin Vlasich, Maximilian Zirkowitsch

**Cover:** Sarah Langoth

**Lektorat:** Noah Mayr

**Layout:** T. Jenni, J. Kolda

# Editorial

## Liebe Leser\_innen!

Als Redaktion hat man es manchmal auch nicht leicht. Es ist eine Freude ein neues Heft zusammenzustellen, sich zu überlegen wie man Artikel koordiniert und gestaltet. Aber als Magazin der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft sehen wir es als unsere Aufgabe kritisch über die aktuelle Bildungspolitik zu berichten und versuchten deshalb seit Herbst ein Interview mit Bildungs- und Wissenschaftsminister Faßmann zu bekommen. Es wurde uns immer angeboten, es doch schriftlich zu machen, aber das war uns zu wenig. Nun, dieses Mal haben wir es geschafft – und haben eine halbe Stunde mit Minister Faßmann bekommen. Das Interview kann sich sehen lassen. Neben Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und den verschärften Sanktionen beim Schulschwänzen war auch Thema, wie er mit der schwarz-blauen Regierung umgeht. Mehr dazu auf Seite 8 – 9.

Im Dossier – ab Seite 19 – haben wir uns dieses Mal den Schwerpunkt Gedenkjahr 2018 gegeben, zu dem wir auch viele tolle Artikel von Studierenden bekommen haben. Wichtig war uns dabei ein Fokus auf Hochschulen. Ihr findet ein Interview mit dem Zeithistoriker Mag. Dr. Herbert Posch auf Seite 19, der sich intensiv mit dem Gedenken an der Universität Wien auseinandergesetzt hat. Einen Artikel zu Nationalsozialismus und Gedenken an der Universität Innsbruck findet ihr auf Seite 20. Eine spannende Frage ist natürlich auch, wie die heutigen Parteien mit Gedenken umgehen und wo sich die Bruchlinien befinden. Eine Erklärung dazu gibt der Artikel auf Seite 24 „Gedenken im Zeichen des Zwiespalts“, der sich mit dem Gedenken der Nachkriegsparteien beschäftigt.

Viel Freude beim Lesen!

Eure *progress* – Redaktion

PS: Wenn du selber Lust hast zu schreiben, zu zeichnen oder zu fotografieren – schreib uns an [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at).



Foto: Abd El Hamid Lashin

# Gemeinsam gegen Studiengebühren!

**Die letzte progress-Ausgabe in diesem Studienjahr läutet nicht nur die letzte Prüfungswoche ein, sondern auch wohl verdiente vorlesungsfreie Zeit!**

Bevor wir in die vorlesungsfreie Zeit entlassen werden bzw. unsere Sommerpraktika antreten, gibt's noch ein paar Informationen über unsere Arbeit an der ÖH-Bundesvertretung für euch. In diesem Jahr ist vieles geschehen und die Studienlandschaft hat sich gewaltig verändert. Wir sehen dem nächsten Studienjahr nicht nur mit Vorfreude entgegen, sondern auch mit einer Ungewissheit, wie dieses und die darauffolgenden genau aussehen werden.

Offene Fragen wie: „Muss ich im nächsten Semester Studiengebühren zahlen?“, oder „Wird es noch einen Platz in meinem Wunschmaster für mich geben?“, werden uns auch in nächster Zeit weiter begleiten. Ab Herbst werden erstmals 30.000 berufstätige Studierende zur Kasse gebeten, denn es gibt keine Studienbeitragsbefreiung mehr für arbeitende Studierende. Dieser Umstand stellt nicht nur eine massive Belastung für alle arbeitenden Studierenden dar, sondern öffnet auch Tür und Tor für die im Regierungsprogramm verankerten allgemeinen Studiengebühren. An den Unis tun die Studierendenvertreter\_innen ihr Bestes, um gemeinsam mit den Universitäten eine Lösung für berufstätige Studierende zu finden. Als ÖH sorgen wir dafür, dass alle Studierende nicht nur am Laufenden gehalten werden, sondern auch mit einer starken Stimme am Verhandlungstisch vertreten sind.

Die von der Regierung geplante Einführung von Studiengebühren wird unser aller Studienleben beeinflussen und einige unserer Kolleg\_innen zum Abbruch des Studiums zwingen. Diese Entwicklung haben wir bei der Einführung von Studiengebühren im Jahr 2001 gesehen, als 45.000 Menschen ihr Studium abbrechen mussten, weil sie es sich schlicht nicht mehr leisten konnten.

Wir fordern daher eine Garantie des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung Faßmann, von studierendenfeindlichen Maßnahmen Abstand

zu nehmen und endlich die Hochschulen so zu gestalten, dass wir alle unseren Platz darin finden, dass wir beim Studieren gefördert und nicht davon abgehalten werden. Genau das sind die Forderungen unserer aktuellen Kampagne: Gemeinsam gegen Studiengebühren!

Wir brauchen euch alle, um gemeinsam zeigen zu können, wie wichtig ein freier Zugang zu Bildung ist und dass wir uns den nicht einfach nehmen lassen werden. Mit euch allen kann es uns gelingen, freie Bildung zu erhalten!

Die aktuellen Vorschläge zu Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen ignorieren die Umstände des realen Hochschulalltags mit seinen vielen Schwierigkeiten. Damit Maßnahmen gesetzt werden, die uns Studierenden den Alltag tatsächlich verbessern, müssen wir als Studierende regelmäßig auf die wirklichen Probleme hinweisen und echte Alternativen zu den aktuellen Ideen präsentieren. Aus diesem Grund arbeiten wir zurzeit an der Erneuerung des alternativen Hochschulplanes der ÖH Bundesvertretung, in dem weit mehr als nur die Frage des finanziellen Beitrags von Seiten der Studierenden Platz findet.

Neben der drohenden Einführung von Studiengebühren gibt es zum Glück eine Vielzahl an erfreulicheren Themen: Nach nun schon jahrelangen Verhandlungen wird das Studentenheimgesetz novelliert und eine bessere und vor allem sicherere Stellung für Studierende in Wohnheimen geschaffen. Im Rahmen unterschiedlicher Schulungen werden laufend Studienvertreter\_innen ausgebildet, um lokal Hilfe leisten zu können. Von sozialen Themen wie Beihilfen, Unterhalt und Co. bis zu einem sinnvollen Qualitätsmanagement wird einiges gelernt. Bei Themen wie der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Studienrichtungen bzw.

Hochschulsektoren funktioniert die Zusammenarbeit mit dem aktuellen BMBWF sehr gut. Es wird gemeinsam versucht, einen einfacheren und studierendenfreundlicheren Weg zu finden.

Der Monat der freien Bildung ist erfolgreich geschlagen und wir haben über die Zugänglichkeit von Bildung in der Gesellschaft debattiert. Es wurden Lehrveranstaltungen, Spezialvorträge, Coffee-Lectures und Kunst- und Kulturveranstaltungen aus den verschiedensten Hochschulen heraus in die Öffentlichkeit getragen, um zu zeigen, dass Hochschulen ein offener Raum sind. Wir haben uns über alle gefreut, die an den verschiedensten Veranstaltungen teilgenommen haben!

Unsere Aufgabe ist es, die Interessen aller Studierenden auf verschiedensten Ebenen an den Tisch zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie gehört werden. Egal, ob gegenüber Rektor\_innen oder der Regierung, Anliegen der Studierenden sollen auf allen Ebenen thematisiert werden. Uns sind alle Angelegenheiten wichtig, die euch in eurem Studienalltag beschäftigen. Unter [oeH@oeH.ac.at](mailto:oeH@oeH.ac.at) könnt ihr euch jederzeit an uns wenden.

Die vorlesungsfreie Zeit ist auch immer die Zeit der Praktika. Diese laufen nicht immer so ab, wie wir uns das vorstellen und schneller als gedacht, kocht man einen Monat lang Kaffee für wenig Lohn. Auch hier gilt wie immer: Wenn es Fragen zu beantworten gibt, sind wir den ganzen Sommer für euch da, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Wir wünschen euch noch eine erfolgreiche Prüfungswoche sowie eine schöne vorlesungsfreie Zeit!

Liebe Grüße  
Johanna, Marita und Hannah

# BILDUNG



# Studentin. Mutter. Alleinerziehend.

**Alleinerziehende auf der Uni haben es nicht leicht. Finanzielle Engpässe, mangelnde Kinderbetreuung und wenig Zeit für eigene Bedürfnisse bestimmen den Alltag von vielen. Nun beginnen sie sich zu wehren.**

Student\_innen mit Betreuungspflichten stechen im Uni-Alltag kaum hervor und bleiben meist unmerklich. Ab und zu fällt ein Kleinkind auf, das in der Vorlesung mal ein bisschen lauter wird und auf das manche Professor\_innen oder Mitstudierende dann mit Neugier, Interesse oder genervtem Kopfschütteln reagieren. Ein paar Sekunden gibt es dann bei einigen Aufmerksamkeit für die außergewöhnliche Situation, in der sich Studierende, die auch Eltern sind, befinden. Dann aber wenden sich die meisten Studierenden wieder Ausführungen über Marx, Algebraformeln oder der neuesten Gesetzesnovelle zu. Die Mutter oder der Vater und das Kind geraten schnell wieder in Vergessenheit.

Gerade in Zeiten des immer stärker werdenden Leistungsdruckes ist es für viele Studierende wohl kaum vorstellbar, was es bedeuten muss, neben Studium, eventuellem Beruf und Aktivismus auch noch ein Kind zu versorgen und zu betreuen. Besonders prekär ist dabei die Situation alleinerziehender Student\_innen, die vielfach Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, um Kind, Studium und Arbeit unter einen Hut zu bekommen. Von Seiten der Universität oder der Politik bekommen sie dabei wenig Unterstützung.

Julia Stadlbauer, 30 Jahre alt und Studentin der Soziökonomie und Gender Studies, kennt die Herausforderungen als alleinerziehende Mutter einer Vierjährigen nur zu gut. Gemeinsam mit anderen studierenden Alleinerziehenden hat sie deshalb begonnen, sich selbst zu organisieren und zu vertreten, in einer Plattform namens „Aufstand der Alleinerziehenden“.

„Manche sagen „Ja, du studierst ja“ - und glauben, das ist ein Spaß oder ein leichtes Leben, aber das ist es eigentlich gar nicht. Ein Studium hat eine komplett andere Bedeutung, wenn man ein Kind hat und Bildung als Chance sieht, irgendwann einen fixen, sicheren Job zu bekommen. Es geht dann wirklich um eine existenzielle Frage“, erklärt Stadlbauer im Gespräch

mit *progress*. Die junge Frau wurde während des Bachelorstudiums Mutter und bemerkte sehr schnell die enormen Veränderungen, die damit auch für ihr Studium einhergingen.

**KEIN SONDERSTATUS.** Gerade die Anwesenheitspflicht bei Seminaren ist für Alleinerziehende vielfach schwer mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren. Oft fallen für die Betroffenen vermehrt Fehlstunden an, weil das Kind krank wird, es zum Arzt oder zur Ärztin gebracht werden muss oder Termine in der Schule etc. anstehen und keine andere Person zur Verfügung steht, um diese Verpflichtungen wahrzunehmen. Gespart wird dann allzu oft bei den eigenen Bedürfnissen.

So geht es auch Stadlbauer: „Ich nehme mir für mich selbst nicht frei. Ich spare mir die potentiellen Fehlstunden immer auf, falls meine Tochter krank werden sollte, damit ich einfach noch einen Spielraum habe. Bei manchen Seminaren musste ich aber trotzdem entweder aufhören oder durch Extraleistung kompensieren.“ Ihre Verweise auf die besondere Situation als alleinerziehende Studierende werden dabei von den Verantwortlichen immer wieder mit den Worten „Andere haben auch Gründe und die sind alle wichtig, man kann da keinen Unterschied machen“ abgewiesen.

Dass die Betreuungspflicht als Care Work eine Arbeit darstellt, die oberste Priorität hat und gerade in Ein-Eltern-Haushalten oft nicht anders organisiert werden kann, wird in vielen Fällen nicht anerkannt.

Wäre es so undenkbar, für Alleinerziehende im Studium die Strukturen etwas mehr an ihre Bedürfnisse anzupassen? In Deutschland gibt es beispielsweise an manchen Unis Systeme, in denen Studierende mit Betreuungspflichten die erste Wahl bei der Anmeldung haben, wenn ein neuer Kurs ausgeschrieben wird, um die bestmögliche Vereinbarkeit zwischen Kind und Studium zu ermöglichen.

**ZWISCHEN DISZIPLINIERUNG UND SELBST-AUSBEUTUNG.** Um jedoch im Spannungsfeld zwischen Kind und Studium, das viel Zeitmanagement und Einsatz erfordert, dennoch die Ausbildung abschließen zu können, nehmen die meisten alleinerziehenden Eltern große persönliche Einschränkungen auf sich. Die Freiheit, sich den Uni-Alltag selbst zu gestalten und einzuteilen, die viele Studierende schätzen, existiert bei dem Großteil der Alleinerziehenden dabei nicht. Viele würden sich wünschen, einmal alle Texte von der Lektüreliste lesen zu können, sich in aktivistischen Gruppen zu engagieren oder am Abend auf ein Bier mit Studienkolleg\_innen zu gehen, aber meist bleibt keine Zeit dafür. Dadurch, dass die Lebensabläufe und Tagesrhythmen von Studierenden und Alleinerziehenden mit Kleinkindern so stark divergieren, sind betroffene Mütter und Väter im Hochschulbetrieb kaum sichtbar, auf ihre prekäre Situation wird deshalb auch oft wenig Rücksicht genommen. „In der Nacht, wenn meine Tochter schläft, setze ich mich dann hin und les' endlich die Texte und ich brauch dann doppelt so lang, aber ich muss das einfach konsequent machen, sonst komm ich nicht weiter. Das grenzt halt extrem an Selbstausbeutung“, meint Stadlbauer. Anderen Studierenden, welche die alleinige Obsorge über ein Kind haben, geht es ähnlich. „Im Bachelor habe ich glaub' ich regelmäßig zwischen 4.30 und 5.00 Uhr den Wecker gestellt, damit ich dann noch Zeit hab', um die Aufgaben zu machen. Ich hab' immer wieder Rügen bekommen, weil ich dann einfach müde war und ich mehr Fehler gemacht habe, als wenn ich wacher gewesen wäre. Man konnte wirklich sehen, an welchen Tagen es mir besser und schlechter ging“, erinnert sich die 26-jährige Fedora Chudoba, die einen sechsjährigen Sohn hat und in der Schwangerschaft ihr Studium der Transkulturellen Kommunikation begann. Einmal stellte sie ein Professor deshalb sogar zur Rede und meinte, bei einer ihrer Aufgaben hätte er kein Wort verstehen können. „Ich hab mir gedacht, ja, da hat das Baby länger geschrien, aber das kann ich nicht hinschreiben, weil jeder hat gute Gründe.“

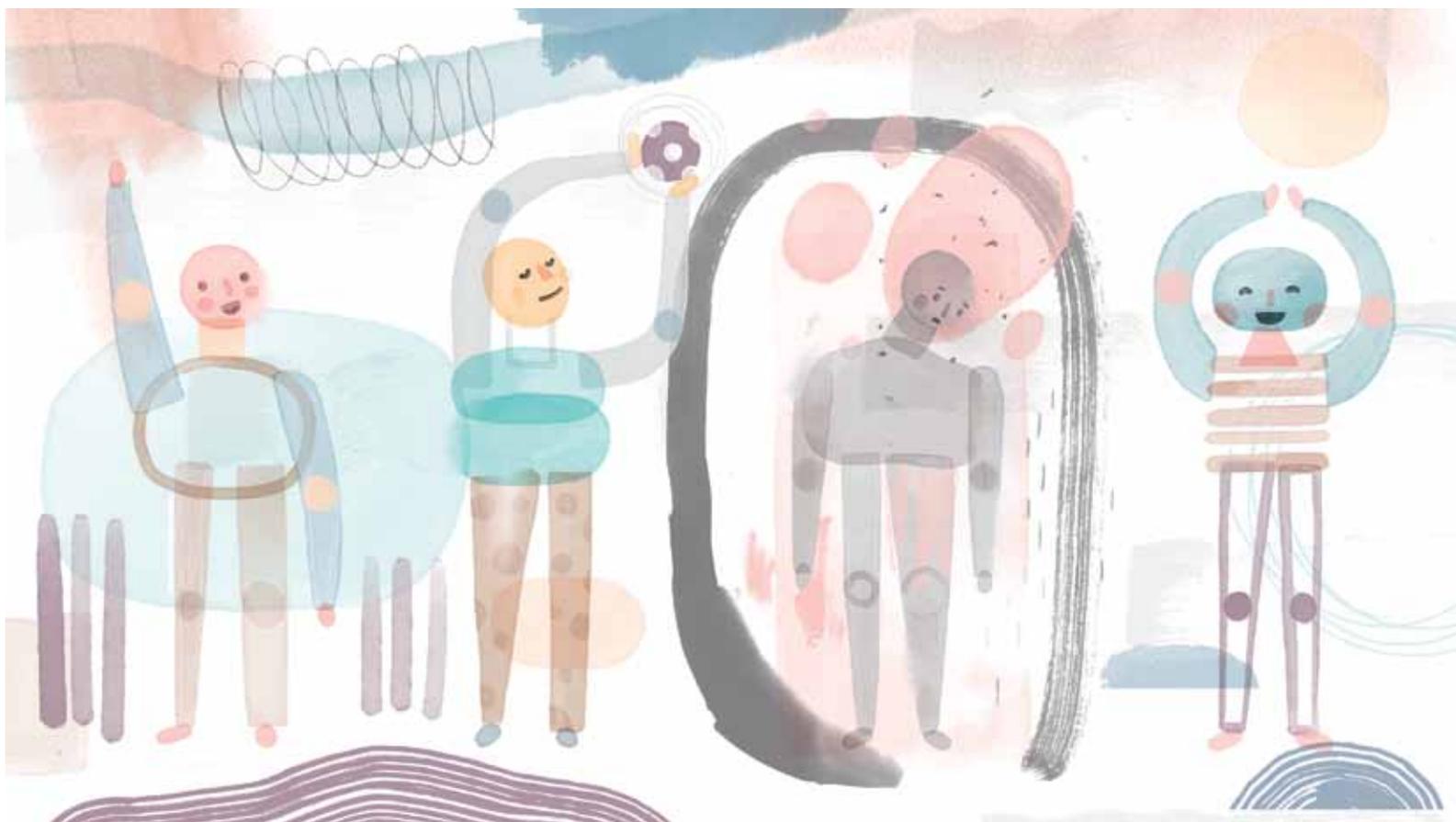


Illustration: Richard Klippfeld

### ALLEINERZIEHENDE IN DER ARMUTSFALLE.

Studierende, die alleine ein Kind zu betreuen haben, sind wie Alleinerziehende im Allgemeinen außerdem stärker von Armut betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. „Ein-Eltern-Haushalte sind zu über 30% armutsgefährdet. Wenn man das mit den 14,4%, die in der Gesamtbevölkerung von Armut betroffen sind, vergleicht, ist das sehr erhöht“, erläutert Manuela Wade, die bei der Volkshilfe Österreich tätig ist und am Institut für Politikwissenschaften Fakultät der Uni Wien u.a. Sozialpolitik und Armutsbekämpfung unterrichtet.

Auch Iris Hanebeck, 28-jährige Studentin im Master der Internationalen Entwicklung und Mutter eines Vierjährigen, kämpft seit Jahren mit der prekären finanziellen Situation als Alleinerziehende im Studium: „Von der staatlichen Seite, vom Jugendamt, hab ich keinen Unterhaltsvorschuss gekriegt und auch vom Vater keinen Unterhalt, die Behörden haben mich zum Sozialamt geschickt. Dort wurde mir gesagt: „Du musst dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen!“ - das ist sich mit Studium und Kind nicht ausgegangen. Bis heute arbeite ich zwar jeden Sommer und jeden Winter auf Saisonarbeit, aber unter dem Semester geht sich das nicht aus. Kind und Uni sind da einfach voll ausfüllend.“

Bei Chudoba übte vor allem die Koppelung des Stipendiums an den Studienerfolg großen Druck aus, weshalb sie kurz nach der Geburt mit der Uni fortsetzen musste. „Ich habe meine STEOP Ende Januar geschrieben, am 13. Februar ist mein Kind zur Welt gekommen und mit ersten März war ich wieder an der Uni. Weil ich's gebraucht hab, ich hatte kein Geld. Ich hab' 500€ die ganze Schwangerschaft hindurch gehabt pro Monat, weil die Stipendienstelle gesagt hat, meine Eltern sind ja reich genug, sie waren aber gegen das Kind. Mit der Geburt des Kindes war klar, ich krieg' mehr Geld, aber ich muss im Studium bleiben und so hab ich ein drei Wochen altes Kind an die Uni geschleppt.“

**UNTERHALTSSICHERUNG FÜR ALLE.** Mehrere Organisationen, u.a. die Bundesjugendvertretung (BJV), die gesetzliche Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen in Österreich, fordern zur Bekämpfung der Armut bei Alleinerziehenden starke Veränderungen im Bereich der Unterhaltssicherung. Im Rahmen der derzeitigen BJV-Kampagne „Armut ist kein Kinderspiel“ wird dabei vor allem auf die Zusammenhänge mit der steigenden Kinderarmut in Österreich aufmerksam gemacht. In einer Medienaktion am Heldenplatz stellte die Bundesjugendvertretung deshalb vor kurzem eine TV-Diskussion nach, bei der die Spitzenkandidat\_innen aller Parlamentsparteien vor der Nationalratswahl ihr Bekenntnis zu einer Unterhaltssicherung abgaben. „Jedes 5. Kind in Österreich ist von Armut betroffen oder bedroht. Unsere Aktion soll die Parteien an ihr Versprechen erinnern, das sie im Vorfeld der letzten Nationalratswahl abgegeben haben: Sie haben sich alle für eine staatliche Unterhaltssicherung ausgesprochen. Bis jetzt steht die dringend notwendige Umsetzung jedoch aus“, erklärt BJV-Vorsitzende Caroline Pavitsits.

Dass bestehende Unterhaltsansprüche oft unerfüllt bleiben und staatliche Unterhaltsvorschüsse nicht lückenlos gewährleistet werden, widerspricht Art. 27 der Kinderrechtskonvention, die Österreich ratifiziert hat. Auch ein garantierter Mindestunterhalt in ausreichender Höhe ist Teil der Forderung der Kampagne und würde Betroffene stark entlasten. Denn ständige finanzielle Engpässe sind eine Belastung für Eltern und Kinder, die sich in einer permanenten Stresssituation befinden.

**GENUG JETZT.** Die Politik wäre aus diesen Gründen gefragt, Maßnahmen zu setzen, um gerade Alleinerziehende, die sehr oft in dieser schwierigen Situation sind, nicht im Stich zu lassen. Schon bisher waren die gesetzlichen Regelungen nicht geeignet, um der starken Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden entgegenzuwirken.

Gerade von den aktuellen familienpolitischen Änderungen der Regierung, wie dem Familienbonus oder den Diskussionen um die Mindestsicherung, sehen sich Betroffene in Zukunft noch stärkeren negativen Auswirkungen ausgesetzt. Denn die vorgeschlagenen Modelle nehmen kaum auf die prekären Verhältnisse von Alleinerziehenden Rücksicht, gehen jedoch mit Kürzungen anderer wichtiger familienpolitischer Leistungen einher. Das nehmen viele Alleinerziehende jedoch nicht mehr einfach so hin, deshalb beginnen sie sich nun in Form einer Selbstvertretung zu organisieren.

Auch für Iris Hanebeck war dies die Motivation, sich trotz ihrer knappen zeitlichen Ressourcen im *Aufstand der Alleinerziehenden* zu engagieren: „Für mich war Ausschlag die schwarz-blaue Regierung und die neue Familien- und Steuerpolitik. Das war für mich dann der endgültige Schnitt, jetzt müssen mein eigenes Leben und meine eigenen Verhältnisse politisiert werden, da habe ich eine Gruppe gesucht, die sich politisch zu wehren anfängt.“

### Info Box

Du studierst, bist alleinerziehend und möchtest dich mit anderen austauschen und dich für deine Bedürfnisse stark machen? Dann mach mit beim „Aufstand der Alleinerziehenden“. Kontakt: [alleinerziehen.netzwerk@gmail.com](mailto:alleinerziehen.netzwerk@gmail.com), FB: <https://www.facebook.com/Alleinerziehendenaufstand/>, oder teile deine Erlebnisse unter dem Hashtag #aufstand.

*Julia Rainer hat Internationale Entwicklung in Wien studiert. Sie ist Studentin der Rechtswissenschaften und Sprecherin des Frauenkomitees der Bundesjugendvertretung.*

# „Ich bin Sanktionsrealist“.

## Ein Interview mit Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, über Handlungsspielräume in der Politik, drohende Studiengebühren und Elitenförderung bei Schwarzblau 2.0.

**progress:** Herr Bundesminister Faßmann, am Anfang möchten wir mit Ihnen über ihren Bildungsbegriff und über ihr Bildungsideal reden.

**Heinz Faßmann:** Ich habe einen offenen, emanzipatorischen Bildungsbegriff. Menschen, die sich bilden, eröffnen für sich die Welt, und können über sich selbst reflektieren. Bildung ist klarerweise etwas anderes als Ausbildung, sehr viel breiter und umfassender. In unserer Gesellschaft hat Bildung einen wichtigen Stellenwert, denn über Bildung werden Chancen verteilt. Über Bildung kann ich mir eine Position auf dem Arbeitsmarkt erarbeiten – in weiterer Folge Einkommen und damit eine soziale Positionierung in der Gesellschaft. Bildung ist daher auch ein Motor des sozialen Aufstiegs.

Sie haben sich als Unterstützer des „Monats für freie Bildung“ ausgesprochen, eine Initiative der ÖH Bundesvertretung. Wie geht Ihre Forderung nach Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren mit der Unterstützung für freie Bildung einher?

Das geht einher, denn das ist das Management für wenige Fächer, für die das angewendet werden muss, weil die Kapazitäten begrenzt sind. Insgesamt betreffen die Zugangsregeln aber wenige Fächer des Studienangebotes in Österreich, welches insgesamt über 1000 Studiengänge umfasst.

Die ÖH begrüßt, dass es in vielen Studien keine Zugangsbeschränkungen gibt, aber der Plan der schwarz-blauen Regierung ist es, Studien weiter zu beschränken und zwar flächendeckend.

Das Universitätsgesetz schafft die Möglichkeit, dass Universitäten in ihrer Autonomie dem Minister vorschlagen können, in zusätzlichen Fächern Flächenmanagement zu betreiben. Aber das muss die Universität vorschlagen aufgrund ihrer autonomen und lokalen Informationen. Sie braucht dazu auch ein Double-Check-Verfahren durch den jeweils zuständigen Minister.

Die Entscheidungen welche Fächer zugangsbeschränkt werden, erscheinen nicht sehr durchdacht. Gerade im Bereich von MINT Fächern (Anm. naturwissenschaftliche Fächer) gibt es einen Mangel an Fachkräften. Weshalb werden Fächer wie Informatik beschränkt?

Gerade in den MINT-Fächern ist die Organisation des Studiums komplexer und man muss Infrastruk-

tur aufbauen. In Chemie bspw. wäre ein Studium ohne Laborlehrveranstaltungen undenkbar. Das Einrichten und der Betrieb eines Labors erfordern aber eine Planbarkeit, denn die Zahl der in einem Labor zu Unterrichtenden kann nicht beliebig gesteigert werden.

Gerade beim Beispiel Informatik ist das nicht der Fall. Es gibt genügend Computerzugänge.

In der Informatik braucht es entsprechende Infrastruktur und wir brauchen Professoren und Professorinnen, die qualifiziert unterrichten. Berufungsverfahren dauern und wir können daher nicht unmittelbar Lehrkapazitäten aufstocken. Ich kann nicht so flexibel reagieren wie ein Lebensmittelhändler, der sieht, dass eine bestimmte Orangensorte besonders beliebt ist.

Zum Beispiel mit dem Lebensmittelhändler: Die Nachfrage für Informatik ist groß, wäre es da nicht schlau, mehr Angebot an Studienplätzen zu schaffen?  
Naja, wir haben gerade in Informatik relativ viel Angebot. Es wird oft gar nicht in ausgenutzt – außer an der TU Wien und an der Uni Wien. An diesen beiden Unis haben wir sehr viele Studierende.

Und darum wird es zugangsbeschränkt?

Ja, die Differenz ist nicht wahnsinnig hoch. Linz hat per Annonce Studierende gesucht, Klagenfurt überlegt, wie sie mehr Informatikstudierende an sich binden kann. Ich weiß auch, dass manche Fachhochschulen in den Informatikstudiengängen gerne mehr Bewerberinnen und Bewerber hätten. Also, es ist nicht ganz trivial zu sagen, wir beschränken, ich sag eher wir managen. Es ist nicht alles böse, was von meiner Seite kommt.

Das wollten wir Ihnen auch nicht pauschal unterstellen. Nächstes Thema: Studiengebühren. Das letzte Mal, als Studiengebühren eingeführt wurden, haben 45.000 Studierende ihr Studium abgebrochen. Wenn man sagt, Bildung soll frei sein und wir wollen viele Studierende, wie passt das für Sie zusammen?

Also erstens, ob wirklich 45.000 Studierende ihr Studium abgebrochen haben, oder aufgehört haben, eingetragen zu sein, ist eine Frage, die ich heute nicht mehr verifizieren kann. Darüber hinaus habe ich

beim Thema Studienbeiträge bis jetzt keine sonderlichen Aktivitäten gezeigt.

Sie haben in ihrem Antrittsinterview in *Der Standard* gesagt, Sie könnten sich Studiengebühren in der Höhe von 500 Euro vorstellen.

Studiengebühren in der Größenordnung von 360 Euro haben wir an den Fachhochschulen, also dort ist es keine absonderliche Sache. Ich habe auch in vielen Interviews gesagt: Wir haben jetzt eine neue Universitätsfinanzierung, die Universitäten sollen die Studienbedingungen verbessern und das hat für mich hohe Priorität. Studiengebühren, das kann vielleicht einmal kommen...

In Ihrer Amtszeit?

Wer weiß das jetzt?

Naja, Sie sind der Minister! Wer wird's wissen, wenn nicht Sie?

Aber ich will zuerst, dass die Universitäten bessere Studienbedingungen offerieren. Wenn man Studiengebühren verlangt, muss man auch etwas bieten. Das kann man erst dann, wenn eben entsprechende Studienbedingungen vorhanden sind und ein Abschluss in der Mindeststudienzeit möglich ist, so wie an den Fachhochschulen.

Gute Studienbedingungen haben nichts mit Studiengebühren zu tun. Die Studienbedingungen haben sich an Hochschulen nicht verbessert, weil es eben die Hochschulen nicht finanziert.

Richtig. Das ist ja mein Argument. Unis sind so teuer, Studiengebühren würden sie nur partiell finanzieren. Es würde ein gewisses Commitment darstellen, aber ich will jetzt gar nicht so viel über Studiengebühren philosophieren.

Herr Bundesminister Faßmann, für uns ist das sehr spannend. Wir sind im Auftrag der Studierenden hierhergekommen sind, die gerne wissen wollen, womit sie in den nächsten Jahren zu rechnen haben. Können Sie uns eine Garantie geben, dass es keine Studiengebühren in Ihrer Amtszeit geben wird?

Ach Garantie, politisch kann man für nichts Garantie geben. Aber ich kann Ihnen sagen, wenn wir wirklich in die Phase kommen, Studiengebühren zu

planen, dann würde ich rechtzeitig mit der ÖH-Kontakt aufnehmen um einen Weg zu finden.

Werden Sie von der schwarz-blauen Regierung dazu gedrängt, die Studiengebühren umzusetzen?

Nein. Es gibt einen Fachminister, der hat eine Verantwortung für sein Ressort.

Es steht aber im Regierungsprogramm drinnen!

Ja. Da steht ein Modell drinnen, ein sehr komplexes Modell. Ich bin mit dem derzeitigen Modell nicht unzufrieden – sag ich mal ganz vorsichtig – nämlich, dass Studierende innerhalb der Studienzeit plus Toleranzsemester keine Studiengebühren zu bezahlen haben. Studiengebühren fallen dann an, wenn sie länger brauchen, oder wenn sie aus Drittstaaten kommen.

Wenn Sie dem, was im Regierungsprogramm zu Studiengebühren steht, diametral gegenüberstehen, warum haben sie dann gesagt "Passt, dann mach ich den Minister"?

Im Regierungsprogramm sind viele Maßnahmen erwähnt. Ich muss über die Priorität und über die Ausformulierung im Detail entscheiden. Dahingehend hat ein Fachminister natürlich seine Handlungsspielräume.

Zum Paragraph 92 im Universitätsgesetz. Gibt es es in nächster Zeit eine Änderung bzw. eine Reparatur?

Ich werde den Paragraphen nicht reparieren. Das hat auch die letzte SPÖ-geführte Koalitionsregierung nicht gemacht. Die Unis werden Maßnahmen setzen in ihrer Autonomie. Im Bedarfsfall, wenn Studierende, die berufstätig sind in Schwierigkeiten kommen. Ich habe auch offen gesagt zu wenig Informationen, weil Berufstätige können auch Berufstätige sein mit einem Einkommen von vierzig-, sechzigtausend Euro im Jahr. Warum sollten diese nicht einen gewissen Beitrag leisten? Es sind nicht alle sozial bedürftig. Wir wissen nicht, ob die Langzeitstudierenden diesem Typus entsprechen oder ob das nicht längst Studierende sind, die zB. in einem Rechtsbüro arbeiten und verdienen oder längst in die Berufstätigkeit eingestiegen sind. Wir haben viel zu wenig Informationen auch über die Einkommensverteilung dieser Gruppe.

Das wäre an Ihnen die genauen Daten zu beschaffen. Naja, das ist gar nicht so einfach.

Zum nächsten Thema: Schulschwänzen soll in Zukunft mit Geldstrafen von bis zu 440 Euro sanktioniert werden. Wenn Schüler\_innen nicht zum Unterricht erscheinen, liegt das oft an familiären Problemen, Prüfungsangst, Mobbing oder Leistungsdruck. Glauben Sie, dass sich diese Probleme durch angedrohte Geldstrafen beheben lassen oder ist das nicht reine Symptombekämpfung?

Ich bin Sanktionsrealist. Ich weiß natürlich, was man mit Sanktionen tatsächlich bewirken kann. Bis es zu dieser Sanktion kommt, gibt es eine Kette, von Beratungs- und Hintergrundgesprächen. Aber irgendwann gibt es auch in einer Straßenverkehrsordnung eine Strafe. Die Frage der Nichteinbringbarkeit von einer Strafe, das muss in den Verwaltungspfaden geregelt werden. Eltern können das (Anm. Entschuldigungs-

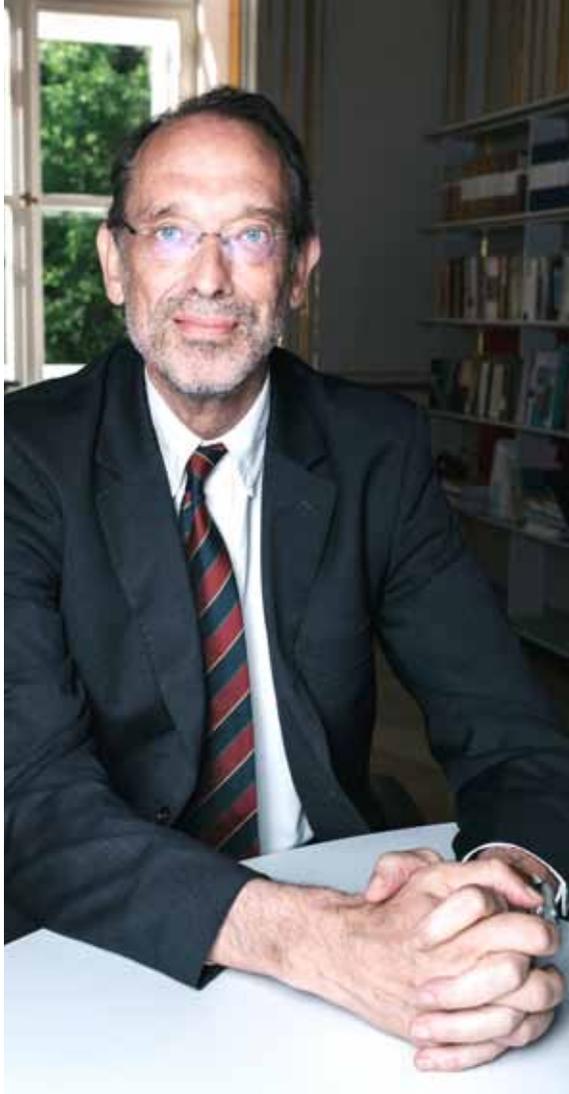


Foto: Alexander Götter

schreiben) auch natürlich nachträglich machen – zB. dem Kind war schlecht - das glauben wir ja dann auch. Da hat's schon was für sich, da können dann schon Probleme im Hintergrund sein. Ich muss auf der anderen Seite auch sagen, dass ist jetzt eine philosophische Frage: Sollte der liberale Staat - und ich bekenne mich zu einem liberalen Staat - nicht manchmal auch in begrenztem Ausmaß illiberal sein, wenn es um die Chancen von Kindern und Jugendlichen geht?

Wie meinen Sie das mit dem illiberalen Staat?

Es geht darum, die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu wahren. Wenn ein Elternhaus sagt, warum soll meine Tochter überhaupt mehr Bildung bekommen, die wird sowieso mal heiraten, wenn Eltern die Chancen der Kinder in einem gewissen Sinne verbauen, soll da nicht der liberale Staat nicht auch ein klein wenig illiberal sein, um die Chancen der nächsten Generation auch sicherzustellen?

Sagen Sie jetzt die 440 Euro werden die Zukunft unseres Staates retten?

Aber nein! Ich bin wirklich - und das weiß ich ganz genau - ein Sanktionsrealist. Natürlich hilft es nichts, wenn Eltern die Zukunft ihrer Kinder verbauen wollen, dann verbauen sie sie. Ein Signal zu setzen, um klarzustellen, Schulbesuch und Bildung sind wichtig, dazu bekenne ich mich.

Es wirkt wie eine bedrohliche Botschaft, nicht wie Signal. Sie haben ein System, das vorher ein 5-Stufen-Modell war, stark verkürzt. Schon nach drei Tagen kann man eine Verwaltungsstrafe bekommen für nicht entschuldigtes Fernbleiben. War es Ihnen wichtig, dass diese hohe Verwaltungsstrafe die Schule selbst anstacheln soll, endlich auch etwas zu unternehmen?

Nein. In dem Gesetz ist verankert, dass die Schule selbst entscheiden kann, ob eine gelbe Karte bei einer Schulpflichtverletzung vergeben wird. Wenn die Schulleitung aufgrund der Gespräche in Kenntnis gesetzt wird, dass

das Kind beispielsweise wegen Mobbing fehlt, dann wird die gelbe Karte mit Sicherheit nicht vergeben werden, auch dann, wenn die Eltern das nicht entschuldigen. Es geht um jene Fälle, wo die Eltern die Schulpflicht nicht ernst nehmen und die Kinder, aus welchen Gründen auch immer, nicht in die Schule schicken.

Sie kommen aus der Wissenschaft, sind ehemaliger Vizerektor der Uni Wien, eine eher offene und diverse Universität. Wie ist es dazu gekommen, dass Sie - bezugnehmend auf ihren Bildungsbegriff, der ja, Zitat "ein emanzipatorischer, offener Bildungsbegriff" ist - eine schwarzblaue Regierung stützen?

*Faßmann lacht.*

Verraten Sie nicht ihre Bildungsideale? Oder wie sehen Sie das?

Nein. Ich sehe, dass ich meine Bildungsvorstellungen in klarer Weise realisieren kann. Das, was ich bisher tat, in den fünf Monaten, war Stärkung der Universitäten, mehr Geld an den Universitäten...

Das war die vorige Regierung!

Darf ich Ihnen erzählen, wie schnell im Zuge der sogenannten Budgetbegleitgesetze andere Gesetze verändert werden können? Ich will keinerlei Verdienste haben. Es stimmt, die Unifinanzierung wurde bereits von der Parlamentsmehrheit der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, aber ich habe sozusagen die Kuh vom Eis geholt.

Wir haben einen ÖVP-Kanzler Kurz, wir haben einen FPÖ-Vizekanzler Strache, es handelt sich um eine konservative bis rechtsextreme Regierung. Vorher waren Sie Vizerektor einer eher offenen und diversen Universität? Nochmal die Frage: Wie geht das für Sie zusammen?

Ich habe keinerlei Hinweise, dass beispielsweise Kurz nicht weiterhin ein offener Politiker ist.

Worauf wir hinauswollen: Eine rechts orientierte Regierung strebt traditionell Elitenförderung an. Das steht konträr zur freien Bildung als emanzipatorisches Tool im Sinne von Chancengleichheit und Aufstiegschancen für Menschen aus Arbeiter\_innenfamilien.

Richtig, ja.

Meinen Sie damit, ja, das steht konträr zu dem? Oder sehen Sie sich als Verhinderer in dieser Regierung?

*Faßmann lacht.*

Nein! Faßmann, der Verhinderer, steht dann da. Gerade die Fragen von sozialer Durchmischung und sozialer Zugänglichkeit unserer Universitäten sind ein wichtiger Punkt und auch im Universitätsgesetz so verankert. Wir werden die Universitäten im Rahmen der Leistungsvereinbarung auch fragen, welche Maßnahmen sie setzen, um junge Menschen aus nicht-traditionellen Akademikerfamilien zum Studium zu bringen.

Also Sie werden von Kurz nicht kurzgehalten?

*Faßmann lacht.*

Nein.

*Das Interview führte die progress-Redaktion.*

# Schwarz-Blau:

## Was auf uns zukommt

### Abschaffung der Jugendvertrauensrät\_innen, Zerschlagung der Unfallversicherung, Kürzungen bei der Sozialversicherung – welche Auswirkungen hat das auf die Arbeitnehmer\_innen?

Blumige Worte prägen den politischen Alltag. Kürzungen werden neuerdings Harmonisierung genannt. Sparen im System ist das neue Codewort für Zurückdrängen der Interessensvertretungen aus dem Sozialversicherungssystem. Aber welche Auswirkungen haben diese Vorhaben auf die arbeitenden und studierenden Menschen in Österreich?

Die Bundesregierung hat sich bereits in ihren ersten 100 Tagen auf das Zurückdrängen von Interessensvertretungen geeinigt und fokussiert. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die Senkung des aktiven Wahlrechts für Betriebsrät\_innen. Diese Änderung hat zweierlei Folgen. Einerseits wird die betriebliche Vertretung von Lehrlingen, der sogenannte Jugendvertrauensrat, abgeschafft. Andererseits wird mit der gängigen Praxis gebrochen, dass Jugendvertrauensrät\_innen (JVR) in weiterer Folge ihre Arbeitnehmer\_innenvertretung in Form des Betriebsrates fortsetzen. Vereinfacht gesagt schränkt dies die Anzahl von Nachwuchsbetriebsrät\_innen ein. Dies hat sowohl für arbeitende Studierende als auch für Absolvent\_innen, die vor dem Berufseinstieg stehen, massive Folgen. Jugendvertrauensrät\_innen sind es, die sich in Unternehmen für die Rechte von jungen Arbeitnehmer\_innen einsetzen und beispielsweise Weiterbildungsangebote für diese in Betriebsvereinbarungen verankern.

**SPAREN IM SYSTEM.** Bundeskanzler Sebastian Kurz kündigte in der Pressekonferenz zur Reform der Sozialversicherungen am 22.05.2018 an, dass die Verlierer\_innen bei dieser Reform die Vertreter\_innen des Systems sind. Betrachtet man allerdings alle Eckpunkte der Reform genauer, ist festzustellen, wer von ihr profitiert und wer leer ausgeht. Durch die sogenannte Strukturreform der Sozialversicherungen sollen Einsparungen von einer Milliarde Euro bis 2023 erreicht werden. Die Sozialversicherungsträger sollen auf vier bis fünf reduziert werden. Auch in der Selbstverwaltung soll gespart werden,

Illustration: Iris Domert



ebenso im Verwaltungsaufwand. Aber was steckt hinter dem Prinzip der Selbstverwaltung?

Unter Selbstverwaltung versteht man, dass Vertreter\_innen von Arbeitnehmer\_innen und Arbeitgeber\_innen selbst über die Geschicke im Sozialsystem entscheiden, der Staat hat eine reine Kontrollfunktion. Zukünftig soll es laut Plänen der Regierung eine Parität in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) geben. Das Ergebnis dieser Maßnahme ist, dass Arbeitgeber\_innen, obwohl sie nicht bei der ÖGK versichert sind und 2017 lediglich 28,7% der Beiträge gezahlt haben, gleich viel Stimmrecht bekommen wie die Arbeitnehmer\_innenvertretung. Dies sorgt für ein Ungleichgewicht, da Arbeitnehmer\_innen die restliche Beitragssumme aufbringen.

**WIE VIEL KANN HIERBEI WIRKLICH EINGESPART WERDEN?** Im Zuge der Debatte um die Einsparungen

hat der Verband der Österreichischen Sozialversicherungsträger Factsheets gegen Fake-News publiziert, in denen festgehalten wurde, dass der Gesamtaufwand für Funktionär\_innen 40 Cent pro Versicherter\_m beträgt. Wobei auch festgehalten werden muss, dass 90% der Selbstverwaltungsarbeit ehrenamtlich ist. Das zeigt, dass hier kaum eine Einsparung von einer Milliarde möglich sein wird, selbst während der gesamten Legislaturperiode der Regierung wird diese Summe nicht erreicht werden können.

**SIE SPIELEN NICHT NUR MIT EMOTIONEN, SONDERN AUCH MIT UNSERER GESUNDHEIT.** Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) wurde vor eine Aufgabe gestellt. Wenn diese nicht erfüllt wird, soll die AUVA abgeschafft werden, gab Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein bekannt. Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt soll 500 Millionen Euro einsparen, das sind

rund ein Drittel des gesamten Budgets – eine Summe, die unweigerlich Leistungskürzungen mit sich bringt. Ansonsten droht die Auflösung, wodurch eine Übernahme der AUVA-Leistungen, beispielsweise von den Krankenkassen, notwendig würde und dadurch neue Belastungen für die Versicherten erscheinen würden. Das nur, weil man die Wünsche der Großindustrie nach einer Lohnnebenkostensenkung erfüllen will.

In beiden Fällen könnte bevorstehen, dass die bisherige Unfallversicherung für Schüler\_innen und Student\_innen aufgelöst wird, da hier keine Beiträge zu zahlen sind, aber Leistungen in Anspruch genommen werden. Unfallversicherungsbeiträge werden im Gegensatz zu allen anderen Sozialversicherungsbeiträgen von der Arbeitgeber\_innenseite geleistet. Bei einer Auflösung steigen also die Kosten für Arbeitnehmer\_innen.

**AN DEN TATEN MESSEN.** Kanzleramtsminister Gernot Blümel rief am 28. Dezember 2017 in der Sendung *Zeit im Bild 2* dazu auf, die Regierung an ihren Taten zu messen. Hundert Tage später lässt sich ein Resümee ziehen, welches Blümelns Ansprüchen gerecht werden sollte. Der Schlagzeilenpolitik folgen nun Taten, die eine harte Zäsur darstellen. Angefangen von Angriffen auf Gewerkschaften durch die Zurückdrängung von betrieblicher Mitbestimmung, bis hin zur Einführung von Studiengebühren, Umfärbungen im Sozialversicherungssystem und der Zerschlagung der AUVA. Auch wenn anzuerkennen ist, dass die Mehrheit der Wähler\_innen den Regierungsparteien ihre Stimme gegeben hat, tragen wir alle die Verantwortung, Widerstand zu leisten, wenn die Regierung gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung arbeitet.

*Nikola Ilic ist Wiener Jugendsekretär der GPA-djp, der Gewerkschaft für Studierende.*

# WISSENSCHAFT UND POLITIK



# Grenzgänge

## Der autoritäre Konsens Europas

**Am 1. Juli übernimmt Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Die autoritär-konservative Regierung wird diesen Einfluss nutzen, um ihren Kurs der Abschottung nach außen und sozialen Kontrolle nach innen auf der europäischen Ebene zu forcieren. Dagegen regt sich Protest.**

„Ein Europa, das schützt,“ lautet das Motto, unter dem sich die österreichische EU-Ratspräsidentschaft präsentieren will. In den bisher spärlichen Verlautbarungen der Regierung zu den Schwerpunkten der österreichischen Ratspräsidentschaft finden sich dieselben rechten Schlagworte, die schon den Nationalratswahlkampf im vergangenen Herbst geprägt haben: Verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen, Kontrolle illegaler Migration, mehr Abschiebungen, innere Sicherheit. Bereits seit 2015 mauserte sich Österreich zu einer der treibenden Kräfte in der europäischen Abschottungspolitik, trieb die Schließung der „Balkanroute“ voran, auf der Flüchtende versuchten, in den Norden Europas zu gelangen.

**TODSICHERE GRENZEN.** Für „sichere“ Grenzen nimmt die EU auch bereitwillig Kooperationen mit autoritären Regimen wie der Türkei oder sogar Milizen wie in Libyen in Kauf. So wurden der Türkei für ihre angebliche Annäherung an die EU seit 2009 neun Milliarden Euro zugesagt, deren Verwendung an keinerlei konkrete Zweckwidmung gebunden ist. Trotz massiver Menschenrechtsverletzungen, der Inhaftierung großer Teile der Opposition sowie hunderter Journalist\_innen, der Entlassung zehntausender kritischer Beamte\_innen und nicht zuletzt einem völkerrechtswidrigen Krieg gegen kurdische Autonomiegebiete in Syrien fließen diese Gelder weiter, um den sogenannten Flüchtlingsdeal nicht zu gefährden. In dessen Rahmen kann die EU Abschiebeflüge in die Türkei vornehmen und die Türkei sichert zu, Flüchtende zu stoppen, noch bevor sie europäischen Boden betreten können. Dass die libysche Küstenwache auf Schlauchboote Flüchtender sowie auf die Schiffe von Seenotretungsorganisationen schießt, ist ebenso Gegenstand medialer Berichterstattung wie die Tatsache, dass in Libyen Folter, Vergewaltigungen und Ermordung von Flüchtenden an der Tagesordnung stehen. Bei einer Befragung der Hilfsorganisation Oxfam, die Geflüchtete, die die Überfahrt über das Mittelmeer überlebt haben, an Häfen in Sizilien betreut, gaben 30 von 31 Frauen an, sexualisierte Gewalt erfahren zu haben. Die Mehrheit der Befragten habe zudem Folter oder Tötungen mitansehen müssen. Diese Zustände sind ein direktes Produkt der Grenzpolitik

der EU. Das Leid Geflüchteter wird unter hohem finanziellem Aufwand möglichst weit über die europäischen Außengrenzen hinweg verlagert. Dabei wird bewusst in Kauf genommen, dass Geflüchtete in den Kooperationsstaaten massiver Gewalt ausgesetzt sind. Mit dem Sager „Es wird nicht ohne hässliche Bilder gehen“ brachte Sebastian Kurz, damals noch Außenminister, diese menschenverachtende Politik auf den Punkt.

**WEN SCHÜTZT EUROPA?** In den letzten Jahren hat sich ein gefährlicher Sicherheitsdiskurs durchgesetzt. Ausgehend von der parlamentarischen extremen Rechten wurde die Gleichung „weniger Migration = mehr Sicherheit“ zunehmend salonfähig. Einem der zentralen Gremien des Friedensnobelpreisträgers EU vorzusitzen und mit Schutz ausgerechnet den Ausschluss Schutzsuchender zu meinen, zeugt schon von einem bemerkenswerten Zynismus. Geschützt wird in Europa die Freiheit des Waren- und Kapitalverkehrs, die Freiheit, sich voll und ganz dem kapitalistischen Wettbewerb anzuliefern. Wenn Kurz von einem „Europa, das schützt“ spricht, so meint er damit ein Europa der Abschottung.

**SOZIALE KONTROLLE.** Auch im Inneren soll das Schlagwort Sicherheit den Schirm darstellen, unter dem Themen von Wohlstand bis Wettbewerb verhandelt werden. Auch hier gibt die Verknüpfung der Themen allein schon Aufschluss über die inhaltliche Ausrichtung der Akteure\_innen. Der Wettbewerb, vermeintliches Allheilmittel in neoliberaler Politik, soll immer autoritärer durchgesetzt werden, durch Disziplinierung sowie Ausschluss. Letzterer ist hier nicht nur als Ausschluss nach außen hin zu verstehen, sondern richtet sich ebenso nach innen, wo er sich in der Überwachung und Kontrolle all jener ausdrückt, die der Regierung als ökonomisch überflüssig gelten. Wer nicht produktiv ist, wird als Risikofaktor verhandelt, als potentielle Gefährdung der Sicherheit und Ordnung. Die österreichische Regierung stellt ideologisch die unheilvolle Verknüpfung von Marktliberalismus und autoritärem Nationalismus dar, deren Symbiose düstere Perspektiven für Europa zeichnet. Diese Politik ist jedoch freilich kein österreichisches Alleinstellungsmerkmal, vielmehr

zeichnet sie sich in unterschiedlicher Ausprägung und Umsetzung überall in Europa ab. So versucht beispielsweise Macrons Regierung in Frankreich gerade, ein umfassendes Reformpaket durchzusetzen, das den Wettbewerb in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben soll. Insbesondere die Reformen der Arbeitsgesetze, die Verstärkung der Konkurrenz an den Universitäten sowie fremdenrechtliche Verschärfungen werden dort seit Monaten mit landesweiten Protesten und regelmäßigen Streiks ganzer Wirtschaftszweige beantwortet. Die autoritäre Bearbeitung der Griechenlandkrise oder die nationalistische Abschottungspolitik Ungarns sind weitere Beispiele für die Politik, die in Europa auf dem Vormarsch ist.

**AUF DEM ALTAR DER SICHERHEIT.** Die Disziplinierung im Inneren zeigt sich auch in der zunehmenden Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, man denke beispielsweise an den mehr als zweijährigen Ausnahmezustand in Frankreich, dessen Aufhebung von einem Anti-Terror-Gesetz begleitet wurde, das die polizeilichen Sonderrechte aus dem Ausnahmezustand weiterführt. Der Ausnahmezustand wurde somit teilweise in dauerhaft geltendes Recht übergeführt. Zusätzlich wurde eine neue Polizeieinheit gegründet, die sich vor allem mit der "Ghettoisierung gewisser Viertel" befassen sollte. Menschenrechtsorganisationen und selbst die UN übten scharfe Kritik an den Reformen. Eine solche Aufrüstung der Polizei in Ausrüstung und Befugnissen kann man derzeit auch in Österreich beobachten. Das Überwachungspaket, das massive Einschnitte in die Persönlichkeitsrechte der gesamten Bevölkerung vorsieht, ist sicherlich das deutlichste Indiz dieser Entwicklung. Auch die Anschaffung einer größeren Anzahl an Radpanzern in Tarnoptik sowie die Einrichtung einer Pferdestaffel bei der Wiener Polizei sprechen eine eindeutige Sprache.

Diese starke Fokussierung auf Sicherheitspolitik ist jedoch entgegen ihrer Wirkung alles andere als ein Zeichen der Stärke, sondern vielmehr ein deutlicher Hinweis auf die gegenwärtige Krise der Institutionen des globalen Kapitalismus. Die Aufrüstung der bewaffneten Kräfte sowie die Einschränkung grund-



legender bürgerlicher Freiheiten zeigen, wie sehr die derzeitige gesellschaftliche Hegemonie im Wanken ist. Der schleichende politische Wandel in Europa ist in ihren Institutionen bereits vollzogen, bevor ihn seine Gegner auch nur als autoritäre Wende fassen konnten.

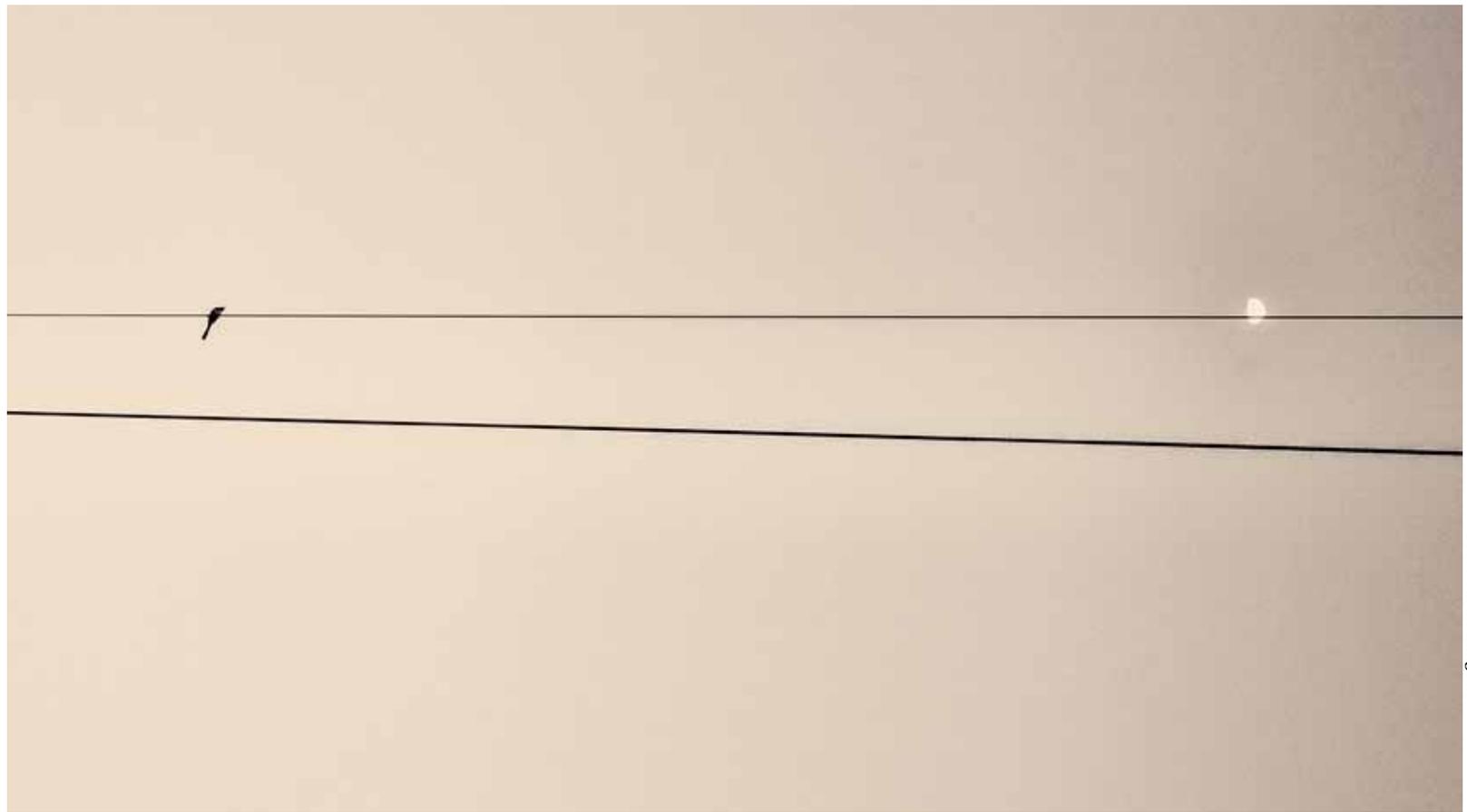
**ZWEI WEGE IM KONSENS.** In der medialen Darstellung wird oft ein Europa der zwei Wege konstruiert. Der vermeintlich gesellschaftsliberale Kurs Macrons wird dem illiberalen, nationalistischen Kurs Orbans als scheinbar vollkommener Widerspruch gegenübergestellt. Freilich unterscheiden sich die beiden signifikant in den ideologischen Grundlagen ihrer Politik. Für Macron steht die Absicherung möglichst freien Wettbewerbes unter anderen Vorzeichen als in Orbans völkischer Ideologie. Doch die Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung sowie die angewandten Herrschaftstechniken gleichen sich angesichts der sich zuspitzenden Krisenhaftigkeit der Verhältnisse. Je mehr sich die derzeitige gesellschaftliche Hegemonie bedroht sieht, desto stärker gleicht sich die konkrete Politik ihrer Herrschenden. Mit Maßnahmen hin zu mehr Überwachung, Kontrolle und Disziplinierung in allen Bereichen des Alltags der Bürger\_innen zieht

sich die Politik auf die Exekution von vermeintlichen Sachzwängen zurück, um tagtäglich ihre Handlungsmacht zu demonstrieren. Stumm wurde ein autoritärer Konsens in Europa ausgehandelt. Bundeskanzler Kurz versucht, genau diesen Konsens in seiner Person zu vereinen und Österreich damit zum Vorreiter eines neuen Weges in ein Europa der nationalstaatlichen Abschottung und sozialen Kontrolle zu erheben.

**TAG XYZ.** Gegen dieses Europa formiert sich anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs und ihrer Vorzeichen bereits jetzt Protest. Schon die Angelobung der rechten Regierung im Dezember war Anlass für Demonstrationen. Tausende Menschen gingen am „Tag X“ der Regierungsangelobung in Wien, Linz und Graz auf die Straße. Im Jänner folgte eine Großdemonstration mit zehntausenden Teilnehmer\_innen, bei der die zu befürchtende Politik des Sozialabbaus im Zentrum der Kritik stand. Vor wenigen Wochen wurde nun eine erste Mobilisierung gegen den EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs gestartet. Dieses informelle Gipfeltreffen wird um den 20. September im beschaulichen Salzburg stattfinden, wohl auch in der polizeitaktischen Erwägung, durch die Verlegung

aus Wien weg Proteste hintan halten zu können. Der Gipfel soll sich mit den Themen „Migration“ und „Sicherheit“ beschäftigen, eine unselige Verknüpfung, die bei der österreichischen Regierung beinahe schon zur Zwangsläufigkeit geworden ist. Keine Debatte über Migration kommt derzeit ohne Fragen der Sicherheit – freilich ist hier nur jene der österreichischen Bevölkerung vor Bedrohungen von „außen“ gemeint – aus. Für den Gipfel ruft eine breite Plattform verschiedener zivilgesellschaftlicher, linker und linksradikaler Gruppen zu vielfältigen Protesten auf. Man wolle „die Proteste gegen die Regierung ebenfalls auf eine neue Stufe (...) stellen“ und „für eine solidarische Gesellschaft“ auf die Straße gehen, heißt es im Aufruf auf der Mobilisierungsseite. Die zwei Wege, an deren Gabelung Europa derzeit steht, verlaufen nicht zwischen Macron und Orban, sondern vielmehr zwischen dem autoritären, illiberalen Konsens seiner Regierungen und den Forderungen nach einer solidarischen Gesellschaft jenseits nationalstaatlicher Abschottung.

*Julia Spacil studiert Rechts- und Politikwissenschaften an der Universität Wien.*



# Mein vergessener Nachbar

**Sie wurden auf LKWs getrieben und umgebracht. Doch an die größte Siedlung der Roma im mittleren Burgenland erinnert nichts. Einst wurden dort 187 Menschen gezählt.**

**DARF ICH PERSÖNLICH WERDEN?** Ich ertappe mich gerade dabei, wie ich vor dem Anschlussdenkmal in Oberschützen (Südburgenland) davonlaufe. Es ist Gefahr im Verzug – es regnet und blitzt – und dieses Denkmal überragt alles rundum. Auf österreichischem Boden ist es das größte seiner Art, acht Meter hoch. Zum Glück haben die Sowjettruppen beim Einmarsch den gigantischen Reichsadler inmitten des Denkmals mit einer Panzerabwehrakete vom Sockel geschossen. Jetzt würde das metallene Vieh doch nur die Blitze anziehen. Nach dem Krieg wurde lange über den Abriss des optisch wirklich ansehnlichen Gemäuers debattiert, es wurde 1997 zum Mahnmal umbenannt. Ob es aus Mahnung hier immer so blitzt?

Es braucht keinen acht Meter hohen Säulenhof, um nachkommende Generationen vor Unrecht zu warnen – das wird in Jabing klar. Von Oberschützen geradeaus durch Oberwart, bei der Ziegenherde abbiegen und bis kurz vor die Kirche fahren. Auf zwei

Holzplanken hat man drei metallene Bretter montiert. Das spartanische Gebilde wird durch ein Holzstück am Boden abgerundet, auf dem eine Kerze brennt – eine zweite tut's nicht. Das ist das Denkmal an die Roma und Romnija aus Jabing. Mindestens 77 waren es, die verschleppt und ermordet wurden, gerade einmal fünf Überlebende sind dokumentiert. Ihre Namen zieren die erste Gedenktafel. Auf der zweiten findet man überwiegend den Nachnamen Horvath und das Wort Auschwitz. Auf der Dritten stehen die elf Namen jener Jabinger Romnija und Roma, deren Schicksal ungeklärt ist. Kurz ist die Liste nicht. Jene der Gefallenen beim Kriegerdenkmal ist bei weitem kürzer. Obwohl das Roma-Denkmal noch provisorisch ist, merkt man: Jabing gedenkt seiner Bewohner\_innen, die fehlen. Die fehlen! So steht's auf der Tafel. Die optische Aufwertung des Gedenkortes wird mit der Renovierung des Kirchenvorplatzes einhergehen. Am Ende soll das Denkmal so aussehen wie die Gleise, die die Volksgruppenangehörigen in den Tod

transportiert haben. Echte Gleise, 150 Kilo das Stück.

Meine Heimatgemeinde Großwarasdorf hat ein Geheimnis. Ich wusste es sehr lange nicht. Im Ortsteil Langental befand sich vor dem Zweiten Weltkrieg die größte Roma-Siedlung des Mittelburgenlandes. Die Bezirks- bzw. Landeshauptmannschaft und auch die Gendarmerie versuchten die Zahl der Roma schon vor der NS-Zeit zahlenmäßig zu erfassen. Vertreter der Gemeinden, des Landes, der Justiz und der Gendarmerie debattierten 1933 (sic!) über die Lösungen der „Zigeunerplage“ – ihre Ideen reichten von Deportation auf irgendeine Insel, bis zur Ermordung und massenhafter Sterilisation. Die Geschichte der Unterdrückung der Roma und Romnija beginnt nicht mit dem Nationalsozialismus und hört auch nicht mit ihm auf. Wer sich eingehender damit beschäftigen will, dem lege ich die Arbeiten von Gerhard Baumgartner ans Herz. Der Historiker ist wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des

Österreichischen Widerstands und gab dieser Recherche ein ausführliches Hintergrundgespräch.

1936 gab es 187 registrierte Roma und Romnija in Langental und sie stellten in dem Ortsteil die Mehrheitsbevölkerung. Heute ist es dort idyllisch. Kleine Häuser stehen entlang dreier Straßen und ehe man sich versieht, ist man an ihnen und den 89 Einwohner\_innen vorbeigefahren. Der Großteil sind Zugezogene, die hier unwissend ihre Pension verbringen. Vor der Mini-Kirche steht ein Stein. Er besagt, dass der Verschönerungsverein diesen Platz designt hat. Ich hätte mir eine andere Aufschrift erhofft. Ein paar Meter weiter steht das Kriegerdenkmal. Unterhalb der Namen der Gefallenen wurde eine zweisprachige Zusatztafel angebracht: „Wir gedenken an dieser Stelle auch all jener Mitbürger, die in dieser schrecklichen Zeit des Krieges auf andere Weise ihr Leben lassen mussten. Na spominak i za sve, ki su u tom času na drugi način njev život izgubili.“

Auf Wikipedia wird man aus diesem kryptischen Satz (natürlich) nicht klüger, auch die Ortschronik von Großwarasdorf „vergisst“ auf die Mitbürger\_innen, die auf andere Weise ihr Leben ließen. Also nicht gefallen? Nicht normal verstorben? Und wer überhaupt? Meine verstorbene Großmutter, einst mit der naiven Frage konfrontiert, warum die Roma und Romnija weggebracht wurden, antwortete meinem Vater, sie seien mit LKWs weggebracht worden, da sie etwas gestohlen hätten. Mehr schien sie nicht gewusst zu haben.

Das Roma-Zeitzeug\_innen-Projekt Mri Historija (die Aufnahmen sind auf YouTube zu finden) spricht eine deutlichere Sprache. Der Langentaler Rom Adolf Papai schildert darin auf Romanes, wie seine Familie 1941 ins „Zigeuner-Anhaltelager Lackenbach“ – es lag ein paar Kilometer weiter weg – gebracht wurde: „Ich habe einen kleinen Hund gehabt und ich habe den Hund nicht hergegeben. [...] Und wir sind runter vom Auto, und ich habe den Hund nicht ausgelassen. Und dann hat einer den Hund, den armen Hund, bei den Hinterbeinen genommen und mich mit ihm so lange geschlagen, bis ihm die beiden Hinterbeine in den Händen geblieben sind.“

Je tiefer ich in diese Materie eintauche, umso trauriger stimmt sie mich. Wie würde das Leben in der Gemeinde aussehen, wenn es hier noch immer

200 Roma-Angehörige gäbe? Würde ich mich mit ihnen verstehen? Michael Schreiber, ein befreundeter Historiker, meint, der Antiziganismus wäre dann wohl viel stärker als er ist. Für die burgenländische Forschungsgesellschaft beschäftigt Schreiber sich insbesondere mit der jüdischen Geschichte – eine Zeit lang hatte er Alpträume von Vertreibung. Das hätte aber aufgehört. Alptraum hatte ich noch keinen.

Im Standesamt wird auf Kroatisch zur Hochzeit eines jungen Paares angestimmt. Ein paar Minuten später ist auch der Bürger\_innenmeister der Gemeinde Großwarasdorf/Veliki Borištof im Haus. Eigentlich hat Rudi Berlakovich (ÖVP) einen Gemeinderatsbeschluss, der ein Denkmal für die verschleppten und ermordeten Roma von Langental/Longitolj vorsieht. „Ich habe auch angeboten, dass eine Gedenktafel in Langental aufgestellt wird. Ich wurde aber von den dort wohnenden Roma gebeten, davon Abstand zu nehmen.“ Das ist ein Sonderfall. Zwei Familien gäbe es noch, die Nachfahren der während des Nationalsozialismus verschleppten Roma und Romnija seien. Als Kind habe der Bürger\_innenmeister auch mit ihnen in Langental Fußball gespielt, aber viele seien es damals nicht mehr gewesen. Ich verstehe ihn, er will den Angehörigen nichts aufoktroieren. Ein Telefonat mit einem der Angehörigen bleibt kurz. Er möchte Ruhe. Ein Denkmal interessiere ihn nicht.

**SOLL MAN DAS KAPITEL AUFARBEITUNG SO BEENDEN?** Ohne jemandem zu nahezutreten, wünsche ich mir, dass etwas passiert. Der Langentaler Adolf Papai hatte einst – so schildert es der Vorsitzende des Volksgruppenbeirats der Roma und Sinti, Emmerich Gärtner-Horvath – die Idee, Gedenktafeln anzubringen. Papai ist 2012 verstorben und in seiner Heimatortschaft Langental wird, sofern sich die Meinung der Angehörigen selbst nicht ändert, nicht viel passieren. In der Gemeinde gäbe es andere Möglichkeiten. Papais Vater wurde nach Buchenwald deportiert und dort ermordet, doch Adolf Papai selbst hat das Anhaltelager in Lackenbach gemeinsam mit seiner Schwester und seiner Mutter überlebt, da sie 1943 der Graf Niczky in Nebersdorf (ebenfalls ein Ortsteil der Gemeinde Großwarasdorf) aus dem Lager herausgenommen und so ihr Leben gerettet hat. Papai hat bei ihm Kühe gehütet und mit dem Holz geholfen. Niczky habe auch viele Roma und Romnija, die er gar nicht zum Arbeiten gebraucht habe, so aus dem Lager geholt. Hätte der Graf eine Ehrung verdient?

Langental ist bei weitem nicht der einzige Ort des Mittelburgenlandes gewesen, wo Roma und Romnija lebten. Die zweithöchste Zahl an Roma und Romnija gab es 1933 in Liebing (85), dann Oberpullendorf (67) und Kleinmutschen (63). In über zwanzig Ortschaften wurden 1936 Roma und Sinti registriert. Meistenorts gibt es heute keine Volksgruppenangehörigen mehr, auch ihre Siedlungen wurden geplündert und zerstört. Aber das muss kein Hindernis für Engagement sein. Als Gerhard Baumgartner vom DÖW gemeinsam mit anderen Aktivist\_innen Anfang der 80er den ermordeten Roma und Romnija des Burgenlandes ein provisorisches Denkmal neben das Oberwarter Kriegerdenkmal stellte, wurde es trotz „Luftlinie zum Polizeikommissariat 50 Meter“ über Nacht zerstört. Der mediale Aufschrei war groß, aber die Gesellschaft vor Ort hatte etwas gegen das Denkmal.

**HEUTE IST DAS ANDERS.** In Jabing steht ein Roma-Denkmal, da sich der 27-jährige Theologe Jakob Frühmann u.a. in einer Diplomarbeit mit den verschwundenen Mitbürger\_innen seiner Gemeinde befasst und fürs Gedenken eingesetzt hat: „Vor allem vor der Enthüllung hat's einiges an Aufruhr gegeben, aber das ist nicht direkt zu mir durchgedrungen, sondern über mehrere Ecken“. Teile der Bevölkerung hätten eine Aufstellung als Anklage gesehen oder auch eine Schuldverstrickung ihrer Familie befürchtet – vor allem aus Unwissen gegenüber der Vergangenheit. „Oder ganz einfach, da in Bezug auf Roma und Sinti weiterhin starke Rassismen am Werke sind“, so Frühmann. Doch als das Denkmal im Herbst enthüllt wurde und im März auch noch sein Buch in Jabing präsentiert wurde, habe er unheimlich viel Zuspruch bekommen – „ohne, dass die Aufarbeitung damit fertig wäre.“

Abschließend fahre ich zum Mahnmal des Roma-Anhaltelagers in Lackenbach. Ein Stück der Landstraße, auf der ich fahre, haben die Internierten unter härtesten Bedingungen gebaut. Die, die nicht deportiert wurden, hatten Zwangsarbeit zu leisten. Google Maps findet das Mahnmal nicht. Vor Jahren war ich hier, als Bundespräsident Heinz Fischer einen Kranz niederlegte. Letzten Herbst hat es Alexander Van der Bellen auch getan. Ich schaue mit trübem Blick darauf. Hinter mir fährt ein kleiner Bub auf seinem Rad und prahlt mit Wheelies. Ich würde ihm gern etwas sagen, aber es kommt nichts raus. In Gedanken bin ich bei der Aussage Gärtner-Horvaths, dass viele nicht wüssten, wo sie an ihre Angehörigen denken sollen, wenn's am Friedhof nicht einmal ein ordentliches Grab gibt. Deswegen ist der Friedhof in Langental so ausgesprochen leer! „Brauchst a Kerze?“, hör' ich wen sagen. Aber der Bub mit dem Rad ist weg.

*Konstantin Vlasich studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.*

#### Infobox

Die burgenländischen Roma und Sinti sind eine der sechs anerkannten autochthonen Volksgruppen Österreichs. Vor der NS-Zeit gab es rund 7.000 Burgenland-Roma, nur 600-700 überlebten Verfolgung, Verschleppung und Ermordung. Die Rückkehrenden hatten meist Probleme bei der Restitution, da ihre Besitzverhältnisse nicht eingetragen, ihre zerstörten Siedlungen auf Gemeindegrund errichtet und Instrumente schwer zurückzuerstatten waren. Die späte Anerkennung als Volksgruppe 1993 bzw. das Bombenattentat auf die Roma-Siedlung Oberwart 1995 brachen das Schweigen vieler. Alle (!) burgenländischen Landtagsparteien beschlossen 2001 auf Antrag der Grünen, dass die Gemeinden Gedenkorte für Opfer des Nationalsozialismus und Widerstandskämpfer\_innen errichten sollen und ein Schreiben forderte alle Bürger\_innenmeister\_innen auf, in diesem Sinne tätig zu werden. Die Realität zeigt, dass sich ohne den Einsatz von Privatpersonen wenig ändert.

# Aus für ASINOE

## Keine Chancen für Langzeitarbeitslose?

**Die „Archäologisch-Soziale Initiative Niederösterreich“ steht nach Kürzungen durch das AMS Niederösterreich vor dem endgültigen Aus.**

Nein, große Hoffnungen macht sich Dr. Alexandra Krenn-Leeb nicht mehr. „Wir sind vielleicht das erste, aber bestimmt nicht das letzte Opfer“, sagt sie und man sieht ihr die Resignation dabei an. Sie spricht über die Zukunft des Vereines „Archäologisch-Soziale Initiative Niederösterreich“ (ASINOE), dessen Mitbegründerin und Obfrau sie ist. Ab 30. September 2018 wird dieser nämlich Geschichte sein. Wie das AMS Niederösterreich im vergangenen März verlautbaren ließ, werden die finanziellen Mittel für das Projekt im nächsten Jahr nicht mehr verlängert. Konkret geht es um jährlich 1,3 Millionen Euro – den Löwenanteil des Budgets des sozialen Archäologie-Vereines, der für private wie auch öffentliche Auftraggeber\_innen Grabungsarbeiten in ganz Niederösterreich durchführt. Was dieser in den vergangenen 27 Jahren in Niederösterreich konzipierte, ist eine Symbiose von archäologischen Arbeiten, sozialer Integration und Arbeitsmarktvorbereitung von Arbeitslosen. Den Menschen wurde lange Zeit ein auf zwölf Monate befristeter Arbeitsvertrag geboten. Später wurde dieser bereits auf sechs Monate verkürzt. „Die Leute, die bei uns beschäftigt sind, bringen oft unterschiedliche Problemlagen mit. Mal stecken sie in der Schuldenfalle, Alkohol- und Familienprobleme bis hin zu Obdachlosigkeit kommen auch immer wieder vor“, schildert Krenn-Leeb. Oftmals handelt es sich auch um Leute, die mit über 50 ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil etwa die Firma bankrottgegangen ist. „Die schreiben 200 Bewerbungen und es kommt nichts dabei raus“, zeigt sich die ASINOE-Obfrau betroffen. Rund 1.500 arbeitslose Personen waren seit 1991 bei ASINOE beschäftigt. Etwa ein Drittel davon konnte tatsächlich wieder im privaten Arbeitsmarkt

Fuß fassen. Weiters absolvierten immer wieder auch Studierende der Archäologie und verwandter Fächer Praktika bei der Archäologie-Initiative. Mit diesem Konzept war ASINOE österreichweite Pionierin. In der Steiermark wurde ein ähnliches Projekt (ASIST) im Jahr 2006 in die Wege geleitet.

**„DIESES VORGEHEN IST TOTAL KURZSICHTIG.“** Begründungen zum Aus für ASINOE kamen unter anderem vom scheidenden Chef des AMS Niederösterreich, Herrn Karl Fakler. Natürlich freue man sich nicht über die Abschaffung langgedienter Initiativen. Dennoch sei laut Fakler seit geraumer Zeit geringer Arbeitsmarkterfolg und eine niedrige Integrationsquote bei ASINOE zu beobachten gewesen. „Außerdem war es häufig schwierig, für die körperlich herausfordernden Arbeitsplätze Kunden zu finden, die ausreichend fit waren, diese Arbeiten sinnvoll zu unterstützen“, wird Fakler im Kurier zitiert. Zudem sei momentan ein Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen und die Zahl der Langzeitarbeitslosen nehme ab. Die Arbeitsmarktstatistik und die Wirtschaftsdaten geben diesem Argument jedenfalls Recht. „Das ist die gleiche Logik, mit der jetzt die Stellen für Deutschlehrer gestrichen wurden. Wo man gesagt hat, dass momentan wenige Zuwanderer kommen und daher brauche man das alles nicht mehr“, kontert Frau Krenn-Leeb, „Das ganze Vorgehen ist total kurzsichtig.“ Alois Huber, Sozialarbeiter an der FH St. Pölten und ebenfalls ASINOE-Urgestein, zeigt sich noch angriffiger: „Die Vermittlungsquote war sogar am Steigen.“ Zum Argument, die Arbeitslosen wären mit der Arbeit überfordert gewesen, meint er: „Das AMS hat uns nur mehr die Schwächsten geschickt. Das nennt

man dann self-fulfilling prophecy.“ Er betont noch einen weiteren Nutzen des Projektes: „Durch ASINOE konnten viele Menschen mit anderer Kultur die Geschichte und Historie des Landes kennenlernen.“

AMS NÖ-Chef Fakler sei dem Verein ASINOE stets positiv gegenübergestanden und sie sei ihm auch dankbar dafür, meint Dr. Krenn-Leeb. Nun muss er allerdings – möglicherweise gegen seinen Willen – exekutieren, was auf der Bundesebene längst beschlossen wurde: die Ausdünnung sozialintegrativer Projekte. So ist die Abwicklung des Vereines ASINOE auch mit dem Ende der „Aktion 20.000“ gemeinsam zu sehen. Diese wurde im Juni 2017 beschlossen und hatte zum Ziel, bis zu 20.000 vor allem älteren Arbeitslosen befristete Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden zu bieten. Die neue Regierung unter Schwarz-Blau setzte allerdings als eine ihrer ersten Maßnahmen den Stopp der „Aktion 20.000“ durch. Anzeichen für schwerere Zeiten für Projekte wie ASINOE habe es schon unter der rot-schwarzen Regierung gegeben. Die Geschwindigkeit, mit der nun allerdings langjährig aufgebaute Initiativen abgewickelt werden, ließ etlichen der Betroffenen dann aber doch die Augenbrauen hochschießen. „Die Kürzungen halte ich für total falsch. Das schafft Potential für Unzufriedenheit, wenn man Leute so an den Rand drängt. Infrastruktur, Organisation und Wissen, das sich über lange Zeit gebildet hat, geht nun verloren“, ärgert sich Dr. Krenn-Leeb.

**„ALLES MUSS RAUS!“** Im Eingangsbereich der ASINOE-Zentrale in Krems an der Donau sieht es ein wenig aus wie bei einem Wohnungsumzug. Die Gänge sind gerammelt voll mit dutzenden Kartons und

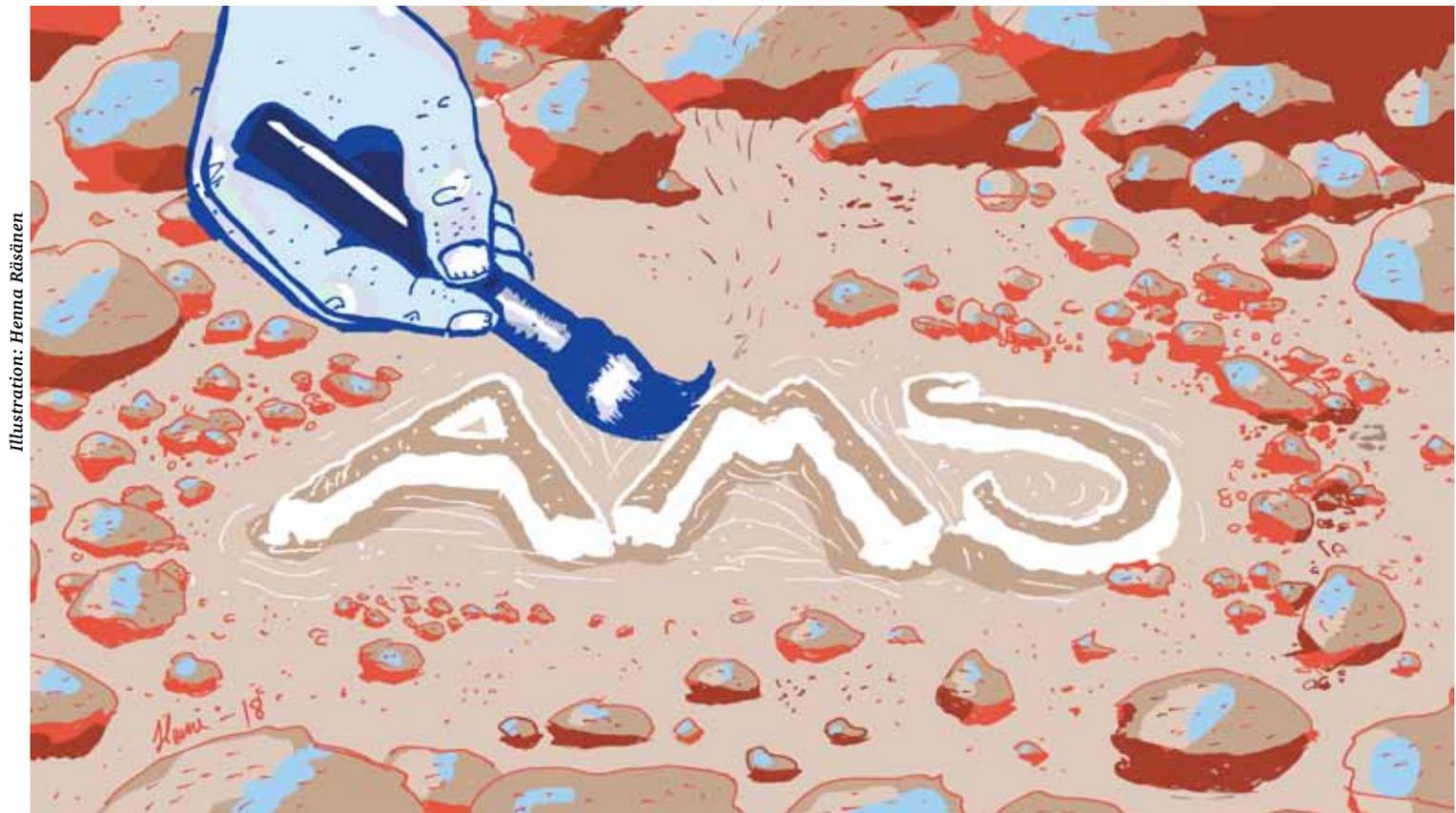


Illustration: Henna Räsänen

Bananenkisten, darin Artefakte, Funde und Ausgrabungsstücke der letzten Jahre. Sie alle müssen bis Ende September in eine andere Aufbewahrungsstätte abtransportiert werden. Die Räumungsarbeiten haben schon begonnen. Im Stock darüber wird noch gearbeitet: In einem relativ kleinen Raum werden gerade frisch ausgegrabene Knochen von Erde und Schmutz bereinigt und abfotografiert. Neun Personen arbeiten hier zusammen.

Doch auch abseits der archäologiebezogenen Grabungen werden Menschen beschäftigt. Wie etwa im alten, nicht mehr betrieblich genutzten Gebäude des „Genussheurigen“ in Zöbing bei Krems. Um die fünf, sechs Personen sind hier tätig. Zunächst noch für das Arbeitsvorbereitungsprogramm „Connex“, bald werden sie allerdings von ASINOE übernommen. Es gibt eine Werkstatt und eine Küche. Eine der hier Tätigen ist Ingrid (Name red. geändert). Die 53-jährige Frau aus dem Bezirk Horn arbeitete bisher in der Großküche eines Altersheimes. „Das war harte körperliche Arbeit. Viele Riesentöpfe zu schleppen. Und natürlich Stress ohne Ende“, schildert die Frau. Das Ergebnis: ein siebenfacher Bandscheibenvorfall, ein Jahr Krankenstand, dann schließlich die Kündigung. „Drei Jahre war ich arbeitslos. Bewerbungen habe ich rund 20 geschrieben. Hat aber nix gebracht. Es ist nicht einmal eine Antwort zurückgekommen“, so Ingrid. Passend zu ihrer bisherigen Tätigkeit kümmert sie sich nun um die Küche neben der Werkstätte. Nach dem schlechten Arbeitsklima der Großküche freut sie sich über die freundliche und warme Atmosphäre in der Werkstätte. Wo sie ab Oktober - wenn ASINOE Geschichte sein wird - verbleiben wird, steht im Ungewissen. „Mehr als weitere Bewerbungen zu

schreiben kann man ja nicht machen. Aufgeben werde ich jedenfalls nicht. Aufgeben tut man maximal einen Brief“, gibt sie sich kämpferisch. „Das Konzept sieht so aus, dass wir niemandem vorschreiben, wie und was er oder sie zu arbeiten hat“, erklärt Renate Hinterberger-Schäffner aus der begleitenden Sozialarbeit bei ASINOE. Jede\_r Beteiligte bringt eigene Qualitäten und Talente mit und könne sie hier kreativ einsetzen. So wie Daniel (Name red. geändert) aus Krems. Der 26-Jährige ist gerade damit beschäftigt, gemeinsam mit einem Kollegen eine Sonnenliege aus Holz anzufertigen. „Ich hab’ mit meinem Vater immer recht viel aus Holz gebaut. Auch mit Metall haben wir viel gearbeitet. Von daher hab’ ich Erfahrung darin“, erzählt er. Daniel hatte keinen optimalen Start ins Arbeitsleben. Nach der Schule besuchte er eine Berufsschule für Gärtnerei. Dort wurde er im dritten Lehrjahr allerdings hinausgeworfen, weil er etwas angestellt habe. Daniel beteuert allerdings, dass das „gar nicht stimmt“. Danach: Arbeitslosigkeit, AMS-Kurse, Bewerbungen. Drei Jahre lang. Tischler wäre ein Beruf, der ihn interessieren würde. Allerdings nehmen die Betriebe lediglich vollausgebildete Leute, wenn sie überhaupt jemanden suchen. Die handwerkliche Arbeit im Programm Connex macht ihm offensichtlich Spaß und er freut sich darauf, bald den Arbeitsvertrag für ASINOE unterschreiben zu können. Sollte er zwischenzeitlich keinen Job mehr finden, heißt es ab September auch für ihn wieder: zurück zum AMS.

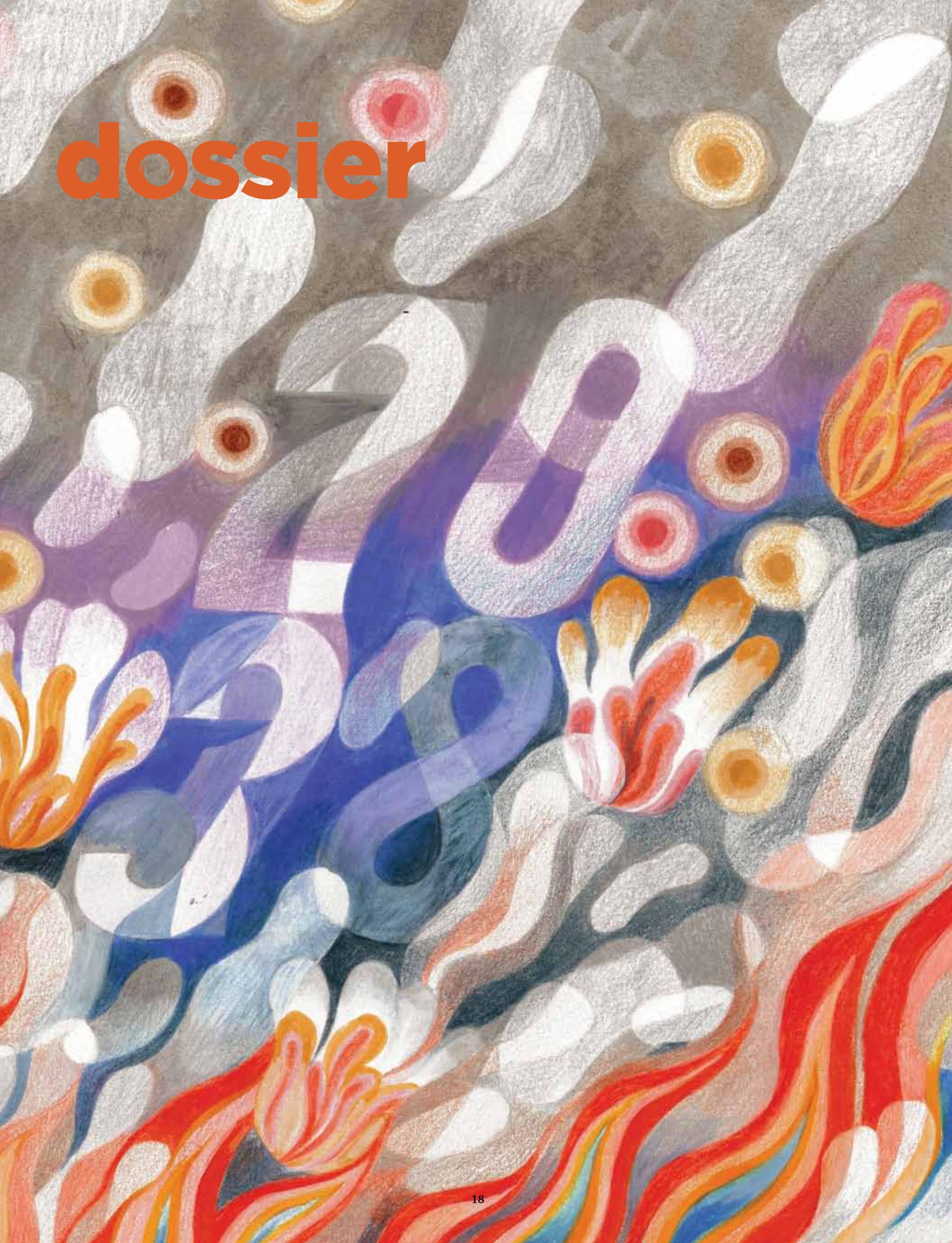
**KOMMUNALER WIDERSTAND?** Gibt es noch Hoffnung für den Verein ASINOE? Die meisten unmittelbar Beteiligten sind sehr pessimistisch. „Wir haben schon mal vorsorglich eine ASINOE GmbH

gegründet“, schildert Vereinsobfrau Krenn-Leeb. Es sei durchaus möglich, dass ein kleiner Teil der Infrastruktur und Grabungsengagements weitergeführt werden könne. Die landesweite Tätigkeit des Vereins sei aber definitiv bald zu Ende. ASINOE-Urgestein Alois Huber sieht kaum Chancen auf eine stabile Finanzierung. Eine potentielle Anlaufstelle sei das Land Niederösterreich.

Wie sieht es mit den betroffenen Städten und Gemeinden aus? Was geschieht dort angesichts der Vorgänge um den sozialen Archäologie-Verein, der allgemein große Akzeptanz genießt? Dr. Reinhard Resch (SPÖ), Bürger\_innenmeister der Stadt Krems an der Donau, plant, mit allen verantwortlichen Stellen im Bund, im Land Niederösterreich und beim AMS zu verhandeln, um das Projekt zu retten. Der Gemeinderat der Stadt Langenlois, einige Kilometer nördlich von Krems, hat schon Mitte April eine Resolution erlassen, in der sich für den Erhalt der Archäologisch-Sozialen Initiative Niederösterreich ausgesprochen wird. „Das hat auch eine starke regionale Komponente“, erläutert ASINOE-Sozialarbeiterin Hintenberger-Schäffner in der Zöbinger Werkstätte. Viele regionale Unternehmen würden das Projekt auch schätzen. „Wissen Sie“, sagt sie zum Abschied, „die Leute, die wir bei ASINOE beschäftigen, sind so dankbar und nett.“ Letztens habe sie einer von ihnen auf das bevorstehende Ende des Vereins angesprochen. Er habe gemeint: „Würde ich im Lotto ein paar Millionen machen, würde ich ASINOE weiter finanzieren.“

*Johannes Mayerhofer studiert Soziologie und Psychologie an der Universität Wien.*

# dossier



# „BEKENNT SICH DIE UNIVERSITÄT ZUR MITVERANTWORTUNG?“

**Der Historiker und Museologe Herbert Posch arbeitet am „Forum Zeitgeschichte der Universität Wien“, das 2006 am Institut für Zeitgeschichte eingerichtet wurde. Er beschäftigt sich intensiv mit der Aufarbeitung der NS-Zeit an der Universität. Im Interview berichtet er von den ersten Schritten der Entnazifizierung und behandelt die Frage der Mitverantwortung.**

**progress:** Begeben wir uns in die Zeit direkt nach dem Krieg, ins Jahr 1946. Was war der Zustand an den Universitäten?

**Herbert Posch:** Charakteristisch für diese Zeit war der massive Anstieg von Student\_innen, da kriegsbedingt nun mehrere Maturajahrgänge gleichzeitig an die Universität kamen. Außerdem war der Großteil der Universitätsinfrastruktur (Gebäude, Labors, Hörsäle, Bibliotheken, ...) stark beschädigt, wobei die Renovierungsarbeiten bis 1951 andauerten. Wissenschaft und Lehrende waren stark NS-belastet: Die Studienbedingungen würde ich als „worst case“ beschreiben.

Wie kann man sich die Umstände in der Professor\_innenschaft vorstellen?

Die Professor\_innenschaft war hochgradig belastet, so waren rund 75 % der Lehrenden nicht zumutbar für eine demokratische Gesellschaft. Vorrangig in ideologienahen Fächern, wie den Geisteswissenschaften, aber auch in der Medizin, war der Anteil an NSDAP-Mitgliedern hoch. Ebenso in jenen Fächern, die erst in der Zeit des Nationalsozialismus gegründet wurden, wie Publizistik, Theaterwissenschaft, Sportwissenschaft oder Volkskunde.

Was waren die ersten Schritte der Universität zur Entnazifizierung des Lehrkörpers?

Durch den großen Zuwachs an Studierenden und einige Ausschlüsse von Professor\_innen gab es viel zu wenig Personal. Die Universität hat aber nicht die vertriebenen jüdischen Professor\_innen zurückgeholt, sondern auf das Personal von vor 1938 zurückgegriffen, aus dem konservativ-katholisch austrofaschistischem Milieu, oder sich bemüht, NS-Belastete rasch wieder zu integrieren. Ein anschauliches Beispiel ist der Chirurg Prof. Leopold



Foto: Herbert Posch

Schönbauer, der sozusagen mit allen Regimen konnte. Er war für das demokratische Österreich genauso untragbar wie unverzichtbar. Einerseits war er NSDAP-Mitglied (-anwärter) und an seiner Klinik wurden Zwangsterilisationen durchgeführt, andererseits galt er als behandelnder Arzt von Vizekanzler Adolf Schärf, wie auch von Generälen der Besatzungsmächte, als unersetzlich. Folglich wurde für ihn ein Ausnahmeparagraph in das NS-Verbotsgesetz 1945 aufgenommen, um ihn nicht entlassen zu müssen. Mit ihm sollten dadurch einige wenige Expert\_innen ebenfalls vorzeitig reintegriert werden. Bis 1951 werden allerdings die meisten wegen NS-Belastung entlassenen Professor\_innen wieder integriert, sodass es nur noch wenige waren, die nach Abzug der Besatzungsmächte noch nicht wieder zugelassen waren.

Wie konnten so viele Lehrende der Entnazifizierung entkommen?

Der erste Universitätsrektor nach dem

Krieg, der Verfassungsjurist Ludwig Adamovich, war Professor und Justizminister im Austrofaschismus und sollte 1945 als Garant für Demokratie stehen. Österreich musste entnazifizieren und beweisen, demokratiefähig zu sein, um staatliche Souveränität und den Staatsvertrag zu bekommen. Ich würde sagen, man hat es getan, weil man musste. Es war mehr Pflicht als eigenes Anliegen, weshalb die Bestrebungen mit abnehmenden Druck der Besatzungsmächte nachließen. Die Verurteilungen erfolgten über ein Formalkriterium, Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gruppierungen. Aber nicht nach Überzeugung, denn das konnte keiner überprüfen.

Wann hat Ihrer Meinung nach die „wirkliche“ Aufarbeitung der Universität auch auf ideologischer Ebene begonnen?

Im Jahr 1988 gab es zwei entscheidende Ringvorlesungen an der juristischen und geisteswissenschaftlichen Fakultät, organisiert von engagierten

linken Assistent\_innen. Das waren Pionierarbeiten in Selbstbeauftragung, die die Geschichte der Universität von 1938 bis 1945 erstmalig öffentlich aufarbeiteten. Das passierte jedoch im Rahmen der Lehrfreiheit und nicht im Auftrag der Universitätsleitung. Erst 1998 wurde an der medizinischen Fakultät eine Gedenktafel aufgehängt, die erstmals von der Mitverantwortung der Universität an der Vertreibung der Lehrenden und Studierenden im Nationalsozialismus sprach. Im selben Jahr wurde erstmalig der anatomische Atlas des NS-Anatomen und Rektors Eduard Pernkopf im Auftrag des Senats aufgearbeitet.

Wie steht die Universität heute zu ihrer Geschichte?

Da hat die Universität eine klare und unmissverständliche Position bezogen, sie bekennt sich heute ganz klar zur Mitverantwortung, forscht und zieht Schlüsse aus der Vergangenheit. Genau dafür gibt es seit 2006 das „Forum für Zeitgeschichte an der Universität Wien“, um die Vergangenheit aktiv aufzuarbeiten.

Ist der Prozess heute abgeschlossen?

Nein. Je detaillierter man auf die Vergangenheit schaut, desto weniger kann der Prozess abgeschlossen werden. Es ist aber vor allem auch wichtig, daraus Schlüsse für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen und sich heute mit Werten wie Demokratie und Solidarität zu beschäftigen. Ich habe keine Patentlösung dafür, sicher ist aber, dass es dafür neue Formen und Erzählungen braucht. Die Universität ist der richtige gesellschaftliche Ort, diese in Forschung und Lehre zu entwickeln und zu vermitteln.

*Katja List studiert Mathematik und Geographie auf Lehramt an der Universität Wien.*

# Jubel ohne Ende

## Die Nazifizierung der Uni Innsbruck

**Ahnennachweis, politische und „rassische“ Säuberungen und ein Institut für „Erb- und Rassenbiologie“: die Universität Innsbruck nach dem „Anschluss“.**



„Mit Jubel ohne Ende“ soll Österreich den „Anschluss“ an das nationalsozialistische „deutsche Reich“ am 12. März 1938 gefeiert haben. So schreibt es zumindest Raimund Klebelsberg in seiner Grußbotschaft an den Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg in Deutschland. Klebelsberg unterrichtete zur Zeit des Anschlusses Geologie an der Universität Innsbruck und war somit Lehrender an einer der am stärksten von der Umsetzung der nationalsozialistischen „Erb- und Rassenlehre“ betroffenen Hochschulen Österreichs.

Nur einen Tag nach dem Anschluss wurde der damalige Rektor der Universität Innsbruck, Karl Brunner, durch den Historiker Harald Steinacher ersetzt, der bereits vor 1938 ein Mitglied der NSDAP gewesen war. Auch der Name der Universität wurde mit dem Regimewechsel geändert – ab 1939 lautete der offizielle Name der Universität Innsbruck nicht mehr

„Leopold-Franzens-Universität Innsbruck“, sondern „Deutsche Alpen-Universität Innsbruck“.

**VERTREIBUNG JÜDISCHER LEHRENDER UND STUDIERENDER.** Auch die ersten rassistischen und antisemitischen Maßnahmen, mit denen Juden\* und Jüdinnen\* aus den Hochschulen Österreichs ausgeschlossen werden sollten, begannen bereits wenige Tage nach dem Anschluss. In einer Kundgebung des damaligen Reichstatthalters Österreichs Arthur Seyß-Inquart am 15. März wurde nämlich festgelegt, wer zur Vereidigung als Beamte\_r zugelassen war. Juden\* und Jüdinnen\* wurden hierbei mit Verweis auf die Nürnberger Rassengesetze aus dem Jahr 1935 explizit aus der Vereidigung ausgeschlossen. Obwohl die Nürnberger Rassengesetze erst am 31. Mai 1938 in Österreich legalisiert wurden, begann die Entlassung, Beurlaubung und Verhaftung von jüdischen oder politisch andersden-

kenden Lehrenden an den Hochschulen Österreichs bereits davor. Mit der Legalisierung wurde schlussendlich all diesen Hochschulprofessor\_innen auch offiziell die Lehrberechtigung entzogen. Als Vorlage für den Ausschluss jüdischer Professor\_innen diente das bereits 1933 in Deutschland erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, welches unter Paragraph 3 regelte, dass „nicht-ari-sche“ Beamt\_innen sowie Beamt\_innen mit anderer politischer Weltanschauung aus ihrem Dienst entho-ben werden können. Als „Nicht-Arier“ definierte das Gesetz aus 1933 jeden Menschen, der mindestens einen jüdischen Großvater\* oder eine jüdische Groß-mutter\* hatte.

Die Universität Innsbruck gehörte zu den Hochschulen Österreichs, an denen die meisten Profes-sor\_innen nach dem Anschluss ihren Beruf verloren – insgesamt fielen 39 Lehrende der Universität den

neuen Gesetzen zum Opfer, wobei sechs dieser Professor\_innen aufgrund ihrer jüdischen Abstammung entlassen wurden. Bei diesen sechs Professoren handelte es sich um den Zahnheilkundler Wilhelm Bauer, den Pathologieprofessor Gustav Bayer, den Physiologen Ernst Theodor Brücke, den Musikwissenschaftler Wilhelm Fischer, den Botaniker Helmut Gams und der Zivilrechtler Karl Wolff. Sie erlitten verschiedene Schicksale nach ihrer Entlassung: Bauer und Brücke flohen in die USA, Bayer beging aus Angst vor der rassistischen Verfolgung der Nationalsozialist\_innen mit seiner 17-jährigen Tochter Selbstmord und Fischer und Gams kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in ihre alten Berufe an der Universität Innsbruck zurück, während Wolff an der Universität Wien unterrichtete. Auch der Musiktheoretiker Richard Stöhr wurde aus „rassischen“ Gründen entlassen, da seine Ehefrau Jüdin war. Er kehrte ebenfalls nach 1945 wieder an die Universität Innsbruck zurück.

Neben den Lehrenden bekamen aber auch die Studierenden die Neustrukturierung der Universität Innsbruck recht bald nach dem Anschluss zu spüren. So wurde bereits am 29. März ein „Numerus Clausus“ für jüdische Student\_innen verfügt, so dass nur vier an der Universität aufgenommen werden konnten. Nach dem Novemberpogrom, ein halbes Jahr später, wurde ein generelles Betretungsverbot für alle jüdischen Studierenden bzw. die, die nach der damals herrschenden Gesetzeslage als solche definiert wurden, an allen österreichischen Hochschulen verhängt. Jedoch wäre das laut Aussage des Rektors der Innsbrucker Universität am 15. November gegenüber dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für sie ohnehin überflüssig gewesen, da sich an der Uni weder jüdische Studierende noch Lehrende mehr befänden. Mit einem Ministerialdekret wurde Juden\* und Jüdinnen\* zwei Monate später letztlich der Zugang zu den Bibliotheken und Hochschulinstitutionen Innsbrucks verboten.

Um die Einhaltung dieser neuen diskriminierenden Regelungen zu sichern, änderten sich auch die Voraussetzungen für die Inskription für ein Studium an der Universität. Neben der Bezahlung des Studienbeitrags und einer Kopie des Reifeprüfungszeugnisses musste ab dem Wintersemester 1938/39 auch die eigene Geburtsurkunde und eine Wehrpflichtbestätigung vorgelegt werden. Später kamen auch ein „Pflichtuntersuchungsvermerk“ und ein Ahnennachweis, der die Geburtsurkunden der Großeltern inkludierte bzw. ein amtlich bestätigter Ahnenpass hinzu. Des Weiteren mussten die Studenten\* ab Kriegsbeginn einen Nachweis ihres Wehrdienstverhältnisses erbringen, während Studentinnen\* einen Frauen\*dienstfragebogen ausfüllen mussten. In diesem Sinne bekamen österreichische Studie-

rende, nachdem viele Hochschulen zu Kriegsausbruch geschlossen und Anfang 1940 wieder eröffnet hatten, eine ganze Menge an außerstudentischen Verpflichtungen verordnet, die zum Krieg beitragen sollten: Dazu zählten unter anderem Lageraufenthalte, ebenso wie Arbeitsdienst, Ernteeinsatz sowie Wehrdienst für die Männer\* und Arbeit in der medizinischen Versorgung und Pflege für die Frauen\*.

**DAS INSTITUT FÜR „ERB- UND RASSEN BIOLOGIE“.** Die rassistische und antisemitistische Ideologie der Nationalsozialist\_innen fand jedoch nicht nur auf Verwaltungsebene Niederschlag – auch im Lehrangebot war ab dem Wintersemester 1938/39 bereits der Einfluss der neuen Machthaber\_innen zu beobachten. Im Vorlesungsverzeichnis wurden nun Veranstaltungen angeboten, die sich entweder mit der nationalsozialistischen Ideologie deckten (wie die Lehrveranstaltungen „Bevölkerungspolitik“, „Geschichtliche Grundlagen des deutschen Wesens“ oder „Menschliche Erblehre als Grundlage für Rassenhygiene“) oder als Vorbereitung auf den kommenden Krieg dienen sollten (zum Beispiel zum Umgang mit chemischen Kampfstoffen).

Doch von all den Veränderungen war es wohl die Errichtung eines eigenen Instituts für Erb- und Rassenlehre an der Medizinischen Universität Innsbruck, die die Verwurzelung der nationalsozialistischen Ideologien an der Hochschule besonders klar zum Ausdruck brachte.

Veranlasst hatte den Neubau der Histologie Jürg Mathis, der ebenfalls an der Universität lehrte und sich darüber beschwert hatte, dass die Medizinstudent\_innen zu wenig Grundwissen über die „Erblehre“ hätten und es keine Ausbildungsmöglichkeiten für dieses Fach gäbe. Durch die Errichtung eines Instituts hoffte er darüber hinaus, dass auch bereits tätige Ärzt\_innen eine zusätzliche Ausbildung in diesem Fach bekommen würden, weitere Forschung auf diesem Gebiet gemacht werden könne und man dadurch bei „der Durchdringung der Bevölkerung mit nationalsozialistischem Gedankengut“ mitwirken könnte. Das Institut sollte laut Lechner in seinem Artikel zum „Innsbrucker Institut für Erb- und Rassenbiologie“ nicht nur eine Ausbildungs- und Forschungsstätte sein, sondern auch „der praktischen Erb- und Rassenpflege z. B. der Bevölkerungspolitik nachgehen“. Dies deckte sich auch mit den Vorstellungen des Leiters des Instituts, Friedrich Stumpf.

Neben seiner Tätigkeit als Leiter des Instituts hatte Stumpf die Professur für „Erb- und Rassenbiologie“ inne und war auch an Eugenetik-Projekten der Nationalsozialist\_innen beteiligt. Er war bei drei dokumentierten Zwangssterilisationsverfahrensfällen und in verschiedenen Erziehungsheimen und Anstalten für „psychisch auffällige Kinder und

Jugendliche“ als Gutachter tätig, wobei er alleine im Zeitraum von September bis November 1942 36 Gutachten für das Gaujugendamt erstellt haben soll. Die Sterilisation von Menschen, die von der nationalsozialistischen Ideologie als eine Gefahr für „das Volk“ angesehen wurden, wurde bereits seit 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ geregelt. Die Zustimmung der zur sterilisierenden Person musste nach der damaligen Gesetzeslage für den Eingriff nicht eingeholt werden, was bedeutet, dass es sich hierbei oft um Zwangssterilisationen handelte.

Stumpfs Forschungsplan für das Institut stellte im Gegensatz zu seinen Lehrveranstaltungen, die sich auch eingehend mit der „Rassenlehre“ auseinandersetzten, vor allem die „Erbbiologie und -lehre“ in den Vordergrund. Zu seinen Forschungsinteressen im Zusammenhang mit dem Institut zählten die Gegenüberstellung von „körperlich und mental überdurchschnittlich fähigen Talbevölkerung“ und einer Bevölkerung, deren Männer\* größtenteils „nicht wehrfähig sind“ und „die Zusammenhänge zwischen Körperbau und Charakter im Erbgang.“

**ENTNAZIFIZIERUNG.** Mit der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Herrschaft durch die Alliierten, setzte auch die sogenannte Entnazifizierung ein. Viele der Maßnahmen, die durch die Nationalsozialist\_innen eingeführt wurden, wurden wieder rückgängig gemacht. So erhielt die Universität wieder ihren ursprünglichen Namen, Karl Brunner kehrte als Rektor an die Universität zurück und alle antisemitischen Maßnahmen gegenüber Juden\* und Jüdinnen\* wurden wieder aufgehoben. Das Institut für Erb- und Rassenbiologie wurde anfangs umbenannt in „Institut für Erbbiologie und Anthropologie“, bevor es 1947 trotz Stumpfs Protest als eine „Einrichtung des Deutschen Reiches“ aufgelöst wurde. Stumpf verließ daraufhin die Universität Innsbruck. Jedoch war er ab dem Wintersemester 1953/54 wieder als Lehrender für Psychiatrie und Forensik an der Universität Innsbruck tätig. Später erlangte er sogar seinen Titel als außerordentlicher Professor für die Universität zurück.

Das Beispiel Stumpfs, wie auch das vieler anderer nationalsozialistischer Gelehrten, die ihre Karriere nach dem Zweiten Weltkrieg größtenteils unbehelligt fortsetzen konnten, zeigt, dass die Entnazifizierung an den Hochschulen Österreichs nicht so konsequent durchgeführt wurde, wie man es gerne darstellt.

*Salme Taha Ali Mohamed studiert Geschichte und Linguistik im Bachelor an der Universität Wien.*

# Vom Dummstellen und Ignorieren

## Geschichten der österreichischen Gedenkpolitik

Viele Österreicher\_innen kennen das KZ Mauthausen. Aber nur wenige wissen von den unterschiedlichen Geschichten aus den Außenlagern. Ein Versuch, etwas Licht in die dunkle Geschichte Österreichs zu bringen.

Am 5. Mai 1945 befreiten die alliierten Truppen das Hauptlager des Konzentrationslagers Mauthausen. Davor litten über 190.000 Gefangene aus ganz Europa und Afrika dort unter der Schreckensherrschaft der Nazi-Aufsehenden. Diese Tatsache ist den meisten Österreicher\_innen bewusst. Doch neben dem Hauptlager in Oberösterreich gab es noch über 40 Neben- oder Außenlager. Diese wurden teilweise früher befreit oder kurz vor der Kapitulation der Wehrmacht aufgelöst und zerstört, um die Verbrechen zu vertuschen.

### DER VERANTWORTUNG GERECHT WERDEN.

Nach der Waldheim-Affäre und der langsam anlaufenden Beschäftigung Österreichs mit der eigenen Täter\_innenrolle wurde auch der Gedenkdienst eingeführt. Dieser Ersatzdienst zum Zivildienst ist eine wichtige Institution, um Österreichs Verantwortung am Holocaust immer wieder ins Gedächtnis zu rufen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Ich selbst habe meinen Gedenkdienst bei der Amicale de Mauthausen, der französischen Überlebendenorganisation, geleistet. Die Amicale veranstaltet jährlich Reisen nach Österreich und ich durfte als Übersetzer und Helfer mit dabei sein. Während ich von den Zuständen im KZ schon oft gehört und gelesen hatte, waren es die Erlebnisse, die die ehemaligen Gefangenen nach 1945 machen mussten, die mich oft wirklich aus der Fassung brachten.

Das Hauptlager in Mauthausen ist heute eine Gedenkstätte, die dazu genutzt wird, Menschen über die Verbrechen der Nazis aufzuklären und jährlich eine internationale Befreiungsfeier auszurichten. In den kleineren Nebenlagern stellt sich die Situation sehr unterschiedlich dar. An manchen Stätten wird ebenfalls jährlich der Verbrechen gedacht und es gibt Museen oder Informationstafeln, an anderen Orten gibt es nahezu keine Hinweise auf die grausame Geschichte innerhalb des NS-Systems und die ansässige

Bevölkerung tut oft noch immer, was sie auch schon damals tat: sie schweigt und verdrängt.

### ZWISCHEN ERINNERUNG UND IGNORANZ.

Doch zunächst ein kleiner historischer Überblick über das Hauptlager nach der Befreiung. Zwar wurde das Lager selbst von der US-Armee befreit, das umliegende Gebiet fiel jedoch, so wie ganz Oberösterreich, in die sowjetische Besatzungszone. Die Befreier\_innen nutzten dies auch gleich und verwendeten den Steinbruch, in dem die Gefangenen zu harter körperlicher Arbeit gezwungen wurden, noch bis 1947 weiter. Danach wurde das Lager an die österreichische Regierung zurückgegeben mit der Auflage, es als Gedenkstätte zu erhalten, dabei sollte auch mit den ehemaligen Gefangenen zusammengearbeitet werden. Bertrand Perz, Historiker am Institut für Zeitgeschichte der Uni Wien, berichtet in einer Studie zur Gedenkstätte in Mauthausen davon, dass es den Überlebenden vor allem wichtig war, die Orte zu erhalten und darzustellen, wo sie wie gelitten hatten. Diese Entwicklung begegnet Besucher\_innen der Gedenkstätte bis heute: die Perspektive der Täter\_innen wird in den Führungen oft nur angeschnitten, die Orte, die vor allem die Opfer betreffen, nehmen mehr Raum in der Erzählung ein.

Eine weitere Entwicklung aus der damaligen Zeit prägt das Gedenken bis heute: die Opfer wurden anhand der Nationalität kategorisiert, wodurch zum Beispiel nicht gesondert kundgemacht wurde, wer aufgrund jüdischer Herkunft und wer als politische\_r Gefangene\_r nach Mauthausen deportiert wurde. Die Kontinuität des nationalen Gedenkens wurde dann auch konsequent verfolgt: 1949 wurde von der Amicale de Mauthausen ein Mahnmal für die französischen Opfer gebaut, in den Jahren darauf folgten fast alle restlichen Länder. Neben dieser „Nationalisierung“ des Gedenkens merkt Perz auch

noch einen anderen Aspekt der Mahnmäler an: „Das vorherrschende Erinnerungsnarrativ in Mauthausen – national, männlich, heroisch – wurde erst sehr spät und auch nur in Ansätzen durchbrochen. Erst 1970 wurde eine Gedenktafel für alle weiblichen Häftlinge [...] enthüllt.“

Während also bald nach der Befreiung von Hinterbliebenen mit der Aufarbeitung und dem Gedenken an die Verbrechen begonnen wurde, war der Umgang der – von den Gräueltaten nicht betroffenen – Österreicher\_innen mit dem Ort des Verbrechens von Ignoranz geprägt. Schon bei den Vorbereitungen zur ersten internationalen Befreiungsfeier 1947 wurde bemerkt, dass Anwohner\_innen im Teich beim ehemaligen Steinbruch badeten. Und auch der in Mauthausen aufgewachsene Professor für Ästhetik des Nationalsozialismus, Terrence E. Hoffer, berichtet, dass er noch in den 70ern als Kind dort „etwas Abkühlung im kühlen Nass im Teich des Steinbruches“ suchte.

Doch nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Politik schien die Schrecken der Vergangenheit einfach vergessen zu wollen. Während die Opfergemeinschaften das Lager erhalten wollten, um es als Mahnmal und Gedenkstätte zu nutzen, kam von den Konservativen des Landes ein anderer Vorschlag: komplette Schleifung des Geländes und Errichtung eines riesigen Kreuzes. Die ÖVP wollte also damals das Gedenken an den Holocaust vereinnahmen, indem ein ihr zugehöriges christlich Symbol an der Stelle der zentralen Verbrechen stehen sollte. Die SPÖ war ebenfalls für den Abriss eines Großteils des Geländes, allerdings ‚nur‘ aus Kostengründen.

**TÖDLICH, ABER VERGESSEN: AUSSENLAGER IN OBERÖSTERREICH.** Vollständige Verwehrlosung und Versuch des Verdrängens gab es im Außenlager Gusen. Man kann im Fall von Gusen auch nur schwer von einem ‚klassischen‘



Außenlager sprechen, da dort zeitweise mehr Gefangene zur schweren Stollenarbeit gezwungen wurden und mehr Menschen dabei getötet wurden, als im Hauptlager Mauthausen. Teilweise wurden die Bedingungen in Nebenlagern wie Gusen als noch schlimmer als in Mauthausen selbst beschrieben und von den Gefangenen gefürchtet. Die Lager Gusen I, II und III lagen in Oberösterreich, dort wurden zwischen 1940 und 1945 über 80.000 Menschen festgehalten, die schwerste Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie leisteten. Mehr als die Hälfte von ihnen starb. Alle Überreste von Gusen II wurden von den US-Truppen aufgrund von Seuchengefahr vollständig niedergebrannt. Das ehemalige Areal von Gusen I ist Mitte der 50er-Jahre ebenfalls fast verschwunden, am unteren Fuße der Stollen, in denen die Gefangenen ihre Zwangsarbeit verrichteten, entstanden langsam wieder Wohngebäude. Heute ist hier eine Siedlung. Als ich mit den Mitgliedern der Amicale zum ersten Mal auf diesem Gelände spazierte, lief mir ein Schauer den Rücken hinab. Wie konnten sich die Leute hier einfach so wieder ansiedeln? Wie kann man heute noch dort wohnen? Irgendwann standen wir vor einer Villa und ein Sohn eines mittlerweile verstorbenen ‚Ehemaligen‘ erzählte mir davon, dass wohl hier früher der SS-Kommandant gelebt haben musste. Heute kann man nicht in das große Anwesen hineinblicken: ein riesiger Zaun und Überwachungskameras beschützen die Bewohner\_innen.

1961 errichteten ehemalige Häftlinge mitten in der Wohnsiedlung, am ehemaligen Platz des Krematoriums, ein Mahnmal. Seit 2001 ist dort auch ein Museum untergebracht.

Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich auch in Ebensee, das ebenfalls in Oberösterreich liegt. Wenn man mit einer Gruppe das ehemalige Areal des Lagers besuchen will, muss man zuerst durch eine Wohn-

siedlung marschieren. Früher waren hier die Gefangenen untergebracht, heute stehen an der Stelle Familienhäuser, Besucher\_innen treffen auf zugezogene Vorhänge, hohe Zäune und wenig Freundlichkeit. 2009 gab es sogar einen rechtsextremen Angriff auf ein Mitglied der Amicale: Jugendliche schossen mit einer Soft-Gun und schrien dabei „Sieg Heil, ihr Schweine!“

**WO ÖSTERREICH AUCH HEUTE NOCH VON ZWANGSARBEIT PROFITIERT.** Doch nicht nur in Oberösterreich, auch in anderen Bundesländern ging und geht man mit der Geschichte des Nationalsozialismus recht sorglos um. In Kärnten gab es zum Beispiel ein Außenlager am Loibl-Pass an der Grenze zu Slowenien. Das Lager war ein Doppellager, da von beiden Seiten des Berges ein Tunnel gegraben werden sollte. Die Gefangenen mussten unter schwersten Bedingungen an diesem Prestige-Projekt des Nazi-‚Gauleiters‘ Friedrich Rainer arbeiten. Als Jugoslawien kommunistisch wurde, wurde der Grenzübergang vorerst gesperrt. Erst 1964 wurde der Tunnel eröffnet. Die überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter wurden nicht eingeladen. Die Mitglieder der Amicale kamen jedoch trotzdem und eine Frau eines ehemaligen Gefangenen berichtet 1964 von dem großen Unterschied der Empfänge in Österreich und Jugoslawien: „Auf der österreichischen Seite gab es zwar eine höfliche, aber sehr formelle Feierlichkeit, gedämpfte nette Worte, ein Versprechen auf ein Denkmal von drei Offiziellen. Auf der jugoslawischen Seite hingegen hunderte Menschen [...], der Bürgermeister, ehemalige Partisan\_innen und alle singen sie inbrünstig die Marseillaise als wir ankommen!“

Österreich hat aber auch nicht dazugelernt. Im Jahr 2017 gab es am Nordlager am Loibl-Pass eine Kontroverse um den Besitzer des Grundstücks, der nicht verstehen konnte, warum der auf dem ehemaligen

Gelände des Lagers errichtete Jäger-Hochsitz den ehemaligen Gefangenen unpassend erschien.

Ich könnte hier noch viel mehr Geschichten anführen, wie zum Beispiel die ‚Serbenhalle‘ in Wiener Neustadt, die ebenfalls von KZ-Gefangenen errichtet wurde und wo mittlerweile Opern stattfinden. Der Besitzer der Halle weigerte sich, eine Gedenktafel aufstellen zu lassen oder Besucher\_innen über die Geschichte des Ortes zu informieren. All diese Geschichten zeigen, wie ignorant die österreichische Bevölkerung und wie verständnislos und unsensibel die österreichische Politik handelte und handelt. Die Ignoranz, die sich bis heute in Teilen der Bevölkerung findet, hat viele Gründe. Die Generation der Täter\_innen verschwiegen meist die Teilnahme an den Verbrechen. (Vor kurzem lief hierzu etwa der Film über den Altnazi und späteren ÖVPLer Franz Murer in den Kinos.) Die Kinder jener Kriegsgeneration wurden außerdem oft nicht ausreichend innerhalb des Schulsystems aufgeklärt. Zuhause hörten viele nur die Leidens-, also Frontgeschichten der Väter, die sich als ehrbare Soldaten darstellten, die bloß loyal ihren Dienst verrichteten.

Erst mit der Affäre um Kurt Waldheim, ehemaliges SA-Mitglied und späterer ÖVP-Bundespräsident, sollte sich dies ändern. Langsam begann das offizielle Österreich, Entschädigungen auszuzahlen und sich mit seiner Mittäter\_innenschaft zu beschäftigen. Der Verantwortung dieser Verbrechen muss aber auch heute noch nachgekommen werden, ganz im Sinne eines „Nie wieder!“

*Paul Pumsenberger studiert Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien und Philosophie an der Universität Wien.*

# GEDENKEN IM ZEICHEN DES ZWIESPALTS

**Geschichtspolitik im Spannungsfeld zwischen Opfermythos und Anbiederung – Täter, Opfer und Erinnerung in den Kinderjahren der Zweiten Republik.**

Wir schreiben den Nachmittag des 1. November 1948. Am Wiener Zentralfriedhof versammeln sich tausende Antifaschist\_innen. Unter ihnen befinden sich viele ehemalige KZ-Insass\_innen, Widerstandskämpfer\_innen und politisch Verfolgte. Der KZ-Verband hatte dazu aufgerufen, um im Rahmen der Enthüllung des von ihm initiierten Gedenkkreuzes an die „hingerichteten Kämpfer und ihre Angehörigen“ zu erinnern. Nur ein paar Meter von eben jenem Gedenkkreuz entfernt stand zu diesem Zeitpunkt bereits das Opferdenkmal der Stadt Wien, welches nur wenige Stunden zuvor enthüllt worden war. Wären die Feierlichkeiten des KZ-Verbandes zu ihrem ursprünglich geplanten Zeitpunkt genehmigt worden, hätten die beiden Veranstaltungen zeitgleich und in direkter Konkurrenz zueinander stattgefunden. Ein Blick auf die geschichtspolitischen Entwicklungen in den Kinderjahren der Zweiten Republik zeigt, wie es zu diesem Konkurrenzverhältnis kommen konnte und wo die zentralen Konfliktlinien hinsichtlich der Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Opfer verliefen.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches präsentierten sich SPÖ, ÖVP und KPÖ noch in trauter Einigkeit als antifaschistische und demokratische Vertreter\_innen der befreiten Republik. Im November 1948 waren Erstere allerdings bereits auf Distanz zur KPÖ und allen als kommunistisch gebrandmarkten Organisationen gegangen. Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP

demonstrierten bei der Eröffnung des Opferdenkmals Geschlossenheit, beschworen den „Geist der Lagerstraße“ auf und verbanden damit Täter\_innen und Opfer des Austrofaschismus zu Geschädigten der Großdeutschen Aggressionspolitik. Die kommunistischen Widerstandskämpfer\_innen wurden hingegen entweder gar nicht erwähnt, oder gar Ziel verbaler Seitenhiebe. Dieses Verhalten war jedoch nicht nur das Resultat eines Zerwürfnisses mit der KPÖ, dem KZ-Verband und allen vermeintlich kommunistischen Organisationen. Vielmehr war es Ausdruck des ersten großen geschichtspolitischen Paradigmenwechsels in der Zweiten Republik.

**ANTIFASCHISMUS ALS BRÜCHIGER KONSENS.** Unmittelbar nach Kriegsende war man von offizieller Seite äußerst bemüht, die These von Österreich als dem ersten Opfer des Nationalsozialismus hochzuhalten. Diese These sollte auch dadurch bekräftigt werden, dass plötzlich eine breite Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus herbeifantasiert wurde. So verkündete die Arbeiter-Zeitung, das Zentralorgan der SPÖ, anlässlich der Enthüllung des Opferdenkmals der Stadt Wien, dieses solle „Zeugnis ablegen für den hohen Beitrag“ den Österreich entrichtet habe, „als jeder Widerstand gegen die Mächte, die vorübergehend ganz Europa beugten, noch aussichtslos erschien“.

Dass der bewaffnete Widerstand gering war und sich im Wesentlichen auf

einige Kommunist\_innen und slowenische Partisan\_innen beschränkte, passte dementsprechend nicht ins Bild der offiziellen Geschichtsschreibung. Umso intensiver waren anfangs die Bemühungen, den Schein der Einigkeit aufrechtzuerhalten. Diese Bemühungen, die vom brennenden Verlangen nach staatlicher Souveränität befeuert wurden, manifestierten sich unter anderem in der Gründung des überpolitischen Bundes der politisch Verfolgten (KZ-Verband), dem im Rahmen des Opferfürsorgegesetzes (OFG) ab 1947 auch ganz konkrete Kompetenzen hinsichtlich der Anerkennung von NS-Opfern zugestanden wurden. Mit Beschluss des OFG wurden Menschen, „die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität durch Maßnahmen eines Gerichts, einer Verwaltungs- (im Besonderen einer Staatspolizei-)Behörde oder durch Eingriffe der NSDAP einschließlich ihrer Gliederungen in erheblichem Ausmaße zu Schaden gekommen sind“, unter bestimmten Voraussetzungen als Opfer berücksichtigt. Tatsächlich bedeutete dieses Gesetz allerdings nur für einen Teil der NS-Opfer die Anerkennung und nur für wenige konkrete Fürsorgeleistungen.

Schon bald wurden sich SPÖ und ÖVP des enormen Wähler\_innenpotentials der ehemaligen Nationalsozialist\_innen bewusst und so begann man, aktiv um deren Gunst zu werben. Spätestens ab 1947/48 schlug sich das sogar in

verbalen Angriffen auf NS-Opfer und Widerstandskämpfer\_innen nieder. So drohten Vertreter\_innen von SPÖ und ÖVP etwa mit der Sprengung des Bundes der politisch Verfolgten. Der damalige Vizekanzler und Vorsitzende der SPÖ, Adolf Schärf, forderte gar ein Ende der angeblichen Privilegierung von NS-Opfern und verglich ihr Leid mit jenem österreichischer Kriegsgefangener. Letztere dürften zu Recht fordern, „daß andere nicht besser behandelt werden als sie.“ Die Bemühungen um die Gunst der „Ehemaligen“ gingen einher mit der zunehmenden Abgrenzung von der KPÖ, auf die die kommunistische Machtübernahme in der damaligen Tschechoslowakei wie ein Katalysator wirkte. Der ausufernde Antikommunismus gipfelte schließlich in der Sprengung des Bundes der politisch Verfolgten durch SPÖ und ÖVP. Offiziell aufgelöst wurde der Bund durch den damaligen SPÖ-Innenminister Oskar Helmer, der als einer der treibenden Antisemit\_innen in seiner Partei galt und sich unter anderem aktiv um eine Verzögerung der Rückgabe arisierten Eigentums bemühte. Während die beiden Großparteien in weiterer Folge eigene Opferverbände gründeten, traten die KPÖ und ihre Sympathisant\_innen das Erbe des KZ-Verbandes an.

**TÄTERGEDENKEN.** Bundesweit schlug sich das geschichtspolitische Klima dieser Jahre auch in der Erinnerungskultur nieder. Außerhalb Wiens wurden Erinnerungszeichen fortan fast exklusiv für die gefallenen

österreichischen Soldaten errichtet, worin sich auch das dichotome Geschichtsbild Österreichs widerspiegelte. Während man sich nach außen hin in der Opferrolle suhlte, wurden im Inneren die tatsächlichen NS-Opfer und das Erinnern an sie durch große Teile von Politik und Bevölkerung als unangenehmes Ärgernis empfunden. Gleichzeitig wurden Wehrmachtssoldaten ganz ungeniert für ihre Opferbereitschaft und ihre Pflichterfüllung verehrt. Bis heute ist die Erinnerungskultur in den ländlichen Gegenden Österreichs von unzähligen Kriegerdenkmälern geprägt. Hier wird immer noch völlig undifferenziert den gefallenen Soldaten der nationalsozialistischen Wehrverbände gedacht, während die NS-Opfer in der Erinnerung oft völlig ausgeklammert werden. Auf legislativer Ebene manifestierte sich diese Haltung im 1949 verabschiedeten Kriegspopferversorgungsgesetz, das in bestimmten Bereichen sogar zu einer Besserstellung von ehemaligen Wehrmachts- und SS-Soldaten gegenüber den anerkannten NS-Opfern führte.

Die Bundeshauptstadt Wien nahm diesbezüglich allerdings eine gewisse Sonderrolle ein. Hier gab es auch ein Ringen um die (partei-)politische Vereinnahmung des antifaschistischen Widerstandes. Vor allem SPÖ und KPÖ, teilweise aber auch die ÖVP, versuchten hier den Kampf gegen den Nationalsozialismus für sich zu beanspruchen. Gleichzeitig gab es zwischen SPÖ und ÖVP Konflikte bezüglich der Bewertung der Zeit des Austrofaschismus von 1934-38. All diese Konflikte schlugen sich auch in der Errichtung der beiden Erinnerungszeichen am Wiener Zentralfriedhof nieder.

**TOTENGEDENKEN „IM ZEICHEN DES ZWIESPALTS“.** Im Zentrum der Debatte um ein zu errichtendes Denkmal stand seit 1945 die unter dem Namen Gruppe 40 bekannten Schachtgräberanlage am Wiener Zentralfriedhof, wo während der NS-Zeit hingerichtete Regimegegner\_innen, teilweise in Massengräbern, verscharrt wurden. In Anwesenheit des Wiener Bürgermeisters Theodor Körner und weiterer politischer Prominenz wurde am 1. November 1948 am Zentralfriedhof das Opferdenkmal der Stadt Wien enthüllt. Obwohl das Denkmal

durch die kurzfristige Miteinbeziehung der Opfer des Austrofaschismus in die Textierung geschichtspolitisch höchst brisant war, stand die Enthüllungsfeier ganz im Zeichen der Versöhnung zwischen SPÖ und ÖVP. Bei KPÖ, KZ-Verband und ihren Sympathisant\_innen war hingegen die Empörung groß, dass ausgerechnet mit der Nachfolgepartei der Christlichsozialen Partei den Opfern von Faschismus und Nationalsozialismus gedacht werden sollte. Denn während das austrofaschistische Regime von Vertreter\_innen der ÖVP gern als patriotisches Bollwerk gegen den Nationalsozialismus gefeiert wurde, sah man es bei SPÖ und KPÖ als Wegbereiter des selbigen. Zum anderen fand wenig später die feierliche Enthüllung des hölzernen Gedenkkreuzes, nur wenige Meter vom Opferdenkmal der Stadt Wien, durch den KZ-Verband statt.

Für einen der Beteiligten war der besagte 1. November ein besonders schmerzhafter Tag. Fritz Cremer, selbst Kommunist mit Verbindungen zum antinazistischen Widerstand, hatte das Opferdenkmal der Stadt Wien gestaltet und teilte dem KZ-Verband in einer Notiz mit: „Es ist für mich innerstes Bedürfnis, zum Tag der Enthüllung des Denkmals der Opfer des Faschismus Euch zu sagen, wie tief es mich erschüttert, daß diese Ehrung unserer geliebten Toten im Zeichen der Zwiespältigkeit durchgeführt wird.“

Diese Zwiespältigkeit nahm 1948 gerade erst ihren Anfang. Bis in die 1960er-Jahre waren die geschichtspolitischen Agenden von SPÖ und ÖVP von der Anbiederung an die ehemaligen Nationalsozialist\_innen geprägt, während man gegenüber der KPÖ auf eine Politik der Isolierung setzte.

**ABSCHIED VOM OPFERMYTHOS.** Abgesehen vom rechten Rand hat sich das Verhältnis zum Andenken an den Nationalsozialismus in Österreich seit den 1940er/50er-Jahren durchaus gewandelt. Erste Anzeichen für einen Paradigmenwechsel gab es bereits in den 1960er-Jahren, der Opfermythos sollte sich in der offiziellen Darstellung aber noch bis in die 1990er-Jahre hartnäckig halten. Ab der Jahrtausendwende wurden, wesentlich beeinflusst durch das unermüdliche Engagement vieler

Aktivist\_innen, endliche auch zunehmend an die bis dahin oft verdrängten Opfergruppen der Homosexuellen, Roma und Sinti, Euthanasieopfer, Deserteure und sogenannten „Asozialen“ erinnert. Darüber hinaus darf aber nicht darauf vergessen werden, dass die Frage wie und woran erinnert wird, immer untrennbar mit den geschichtspolitischen Agenden der handelnden Akteur\_innen verbunden ist. Diese können dabei nicht nur eine identitätsstiftende Funktion erfüllen, sondern auch der Legitimation von Herrschaft dienen.

Angesichts des heurigen Gedenkjahres und der ÖVP-FPÖ Regierung, unter der es begangen wird, lohnt sich zu analysieren, wie und woran erinnert

wird. Wenn sich Vizekanzler Strache, der vor einigen Jahren noch als Hauptredner beim Totengedenken rechtsextremer Burschenschaften am Heldenplatz auftrat, plötzlich für ein zentrales Shoah-Mahnmal in der Wiener Innenstadt ausspricht und das Erinnern an die Opfer der Shoah als „eine ständige Verpflichtung“ bezeichnet, während er gleichzeitig Woche für Woche versucht, antisemitische und rassistische „Einzelfälle“ in seiner Partei zu vertuschen und schönzureden, muss das Motiv hinter solchen Statements kritisch hinterfragt werden.

*Vincent Perle studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.*





# Den Frauen ihr Recht!

**Die SDAP - Sozialdemokratische Arbeiterpartei sowie die Gewerkschaften waren sehr eng mit der Frauenbewegung des 19. und 20. Jh. verbunden. So zogen fünf Gewerkschafterinnen 1919 gemeinsam mit drei weiteren weiblichen Abgeordneten in den Nationalrat ein.**

Am 12.11.1918 konnten die Frauen beim Kampf um Mitbestimmung in Deutschösterreich einen großen Erfolg verbuchen. Mit Artikel 9 des Staatsgesetzblatts Nr. 5/1918 wurde mit den folgenden Worten das Frauenwahlrecht verfassungsrechtlich verankert: „Die konstituierende Nationalversammlung wird im Jänner 1919 gewählt. Die Wahlordnung wird von der provisorischen Nationalversammlung beschlossen, sie beruht auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.“ Ein Monat später, am 18.12.1918, wurde die Wahlordnung verabschiedet.

**FRAUEN DEMONSTRIEREN.** Doch der Weg bis dahin war langwierig. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die Erwerbstätigkeit der Frauen stetig an. Es ist daher nicht verwunderlich, dass im Zuge der Revolution von 1848 Frauen gemeinsam mit den Männern auf die Straße gingen, um auch für sich bessere Arbeitsbedingungen sowie demokratische Grundrechte zu fordern. Am 21.08.1848 kam es zur ersten Frauen-Demonstration in der Geschichte Österreichs, als Arbeiterinnen sich gegen Lohnkürzungen zur Wehr setzten. 1849 brachte die Gemeindewahlordnung zunächst eine Verbesserung mit sich. Im Kuriensystem konnten steuerpflichtige Frauen sich durch bevollmächtigte Männer am politischen Geschehen beteiligen.

**EIN LANGER WEG.** Doch es folgten erneut Verschlechterungen. Mit dem Vereinsgesetz von 1867 war Ausländer\_innen, Minderjährigen und Frauen die Organisation in politischen Vereinen untersagt worden. Doch auch seitens der Gewerkschaften war der Wunsch, Frauen als Mitglieder aufzunehmen, nur mäßig groß. Frauen in der SDAP und den Gewerkschaften blieb somit nichts anderes übrig, als den „Arbeiterinnen-Bildungsverein“ zu gründen. Dieser ermöglichte es ihnen, sich zu bilden, Forderungen auszuarbeiten und Druck aufzubauen. Der Ruf nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, dem Recht auf höhere Bildung sowie dem Recht auf

Mitgliedschaft wurde immer lauter. 1895 drohte die Arbeiterinnen-Zeitung sogar mit der Gründung des „Vereins für Arbeiterinnen aller Branchen“, um sich gewerkschaftlich endlich organisieren zu können. Der Widerstand gipfelte in der „Frauenreichskonferenz“ von 1898. Diese wurde ohne Absprache mit Partei- oder Gewerkschaftsspitze einberufen.

**MÄNNERWAHLRECHT.** Als 1905 den Männern in Russland das allgemeine Wahlrecht zuerkannt wurde, gingen in Wien rund 200.000 Menschen für das demokratische, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf die Straße. Während liberale Frauenvereine weiterhin das Frauenwahlrecht einforderten, waren viele in der Sozialdemokratie bereit, für das allgemeine Männerwahlrecht die Forderung (vorerst) auf Eis zu legen. Im Dezember 1906 wurde dann das allgemeine Wahlrecht für Männer auch in Österreich beschlossen und trat am 26.01.1907 in Kraft. Das Männerwahlrecht wurde maßgeblich von den freien Gewerkschaften miterfochten, die mit Generalstreik drohten.

**ACHT FRAUEN IM PARLAMENT.** „Der Kampf um Demokratie in Österreich wurde sowohl von der bürgerlichen, als auch von der proletarischen Frauenbewegung getragen. Der Kampf um Lohngleichheit ist nicht vom Kampf um Demokratie zu trennen, so war das auch beim Kampf um das Frauenwahlrecht. Von den acht ersten Frauen, die ins Parlament gewählt wurden, waren fünf aktive Gewerkschafterinnen“, so Sandra Breiteneder, Bundesfrauensekretärin der GPA-djp – Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier.

Nach Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts stiegen auch die Sozialdemokratinnen wieder in den Kampf um die Frauenrechte ein. Es mussten elf weitere Jahre vergehen, bis 1918 Frauen endlich in der Wahlordnung verankert wurden. Bei der Wahl der konstituierenden Nationalversammlung am 16.02.1919 gaben 82,10% aller wahlberechtigten Frauen ihre Stimme ab. Bis 1923 waren allerdings Prostituierte vom Wahlrecht ausgeschlossen, da

1919 „gewerbsmäßige Unzucht“ vom Gesetz noch als Verbrechen behandelt wurde.

Bei der ersten Sitzung am 04.03.1919 zogen acht weibliche Abgeordnete ins Parlament, darunter die Gewerkschafts-Funktionärinnen Anna Boschek, Gabriele Proft, Amalie Seidl, Therese Schlesinger und Maria Tusch. Des Weiteren zogen Emmy Freundlich und Adelheid Popp für die Sozialdemokratische Partei sowie Dr. Hildegard Burjan für die Christlichsoziale Partei ein.

**ZUKUNFTSMUSIK.** Obwohl heuer 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert werden, ist der Kampf um die Gleichberechtigung noch lange nicht vorbei. „Wir müssen Bewusstsein in unserer Gesellschaft für die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen schaffen! Für die Zukunft heißt das, wieder organisiert zu sein, Aufklärung zu betreiben und gemeinsam auf die Straße zu gehen! Wenn es um Frauenpolitik geht, ist es immer too little, too late – das können wir uns einfach nicht mehr gefallen lassen! Die gläserne Decke muss jetzt zerbrechen. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass Frauen gleiche Chancen haben“, so Susanne Hofer, Bundesjugendvorsitzende der GPA-djp.

Eine aktuelle Forderung der GPA-djp ist die volle Lohntransparenz. Während sie in den skandinavischen Ländern längst gelebt wird, sieht das Gleichstellungsgesetz von 2011 nur einen anonymisierten Bericht ab 150 Mitarbeiter\_innen vor. Dieser ist zudem nur alle zwei Jahre von den Unternehmen zu erstellen. Die GPA-djp Jugend Wien hat im Februar dazu aufgerufen, dass Frauen\*Volksbegehren zu unterstützen und war gemeinsam mit über 30 Mitgliedern unterschreiben. Angesichts der aktuellen politischen Situation ist es essentiell, sich zu organisieren, sei es nun in der Studierendenvertretung, in den Gewerkschaften oder den Parteien.

*Julia Coufal hat Deutsche Philologie an der Universität Wien studiert und ist Frauenbeauftragte der GPA-djp-Jugend Wien.*

# FEUILLETON



# Untenrum und Obenrum

## Existenz, Geschlecht, Gender, Ironie und Philosophie. Ein satirischer Gedankenwasserfall.

Ich mag Mann-Frau-Witze nicht besonders. Auf meiner persönlichen Witze-Skala sind ganz unten die Furzwitze, die Dickenwitze, die Mann-Frau-Witze und dann noch die Wortspiele. Deswegen gehe ich auch nicht gerne zum Frisör. Die heißen immer Salon Er-Ich, Haarscharf, Haarmonie, Chaarisma, Kamm In, Hauptsache, Stufenschnitt (wenn sie an einer Treppe liegen), Kaiserschnitt (wenn sie in einer Kaiserstraße liegen) oder Kamm Shot (wenn sie in Berlin liegen). Das muss nicht sein. Ich gehe in den Salon Susi. Dort schneiden sehr liebe Menschen meine Haare und fragen immer, wie es mir geht. Ich sage: „Gut.“ Und dann haut mir die Chefin auf den Bauch und sagt: „Na, das sieht man!“ Es hat einen Grund, warum ich Dickenwitze nicht mag. Aber alle machen sie. Deswegen habe ich auch etwas über das Mann-Frau-Ding geschrieben. Aber dazu muss ich ausholen. Es ist nämlich so, dass am Beginn der Zweifel steht. Und weil es um den Beginn geht, ist der Zweifel metaphysisch. Ich erklär das kurz.

Der Zweifel ist die Methode Descartes um herauszufinden, ob etwas ist und was. Nichts, das sinnlich erfahren wird, ist von bestehenden Erfahrungen losgelöst. Ich kann also gar nicht wissen, ob ich da etwas Neues sehe, oder sich bloß aus meinen Erfahrungen ein Gedanke einschleicht. Descar-

tes fragt sich, ob denn dann jemals Gewissheit über die Wirklichkeit gewonnen werden kann. Der Geist, das Bewusstsein, das Denken ist die Manifestation des Zweifels. Ich kann vorerst nicht wissen, ob etwas echt ist. Aber ich kann seine Existenz anzweifeln. Das sogenannte Fundamentum ist, dass ich bin, weil ich (den Zweifel) denke. Solange ich das „ego cogito“ ausspreche, weiß ich, dass ich bin. Cogito, ergo sum. Je pense, donc je suis – aber immer nur für diesen Moment. Wenn ich mich frage: „Träume ich?“, weiß ich, dass ich nicht träume. Aber dazwischen? Und wenn ich schlafe? Um meine durchgehende Existenz zu wahren, muss es etwas geben, das mich schützt. In den meisten Fällen übernimmt diese Aufgabe Gott. Woher weiß ich, dass es Gott gibt? Dessen Existenz ist bewiesen durch die Einsicht in die göttliche Unendlichkeit, die sogenannte unendliche Göttlichkeit. Nichts in der Natur oder in meinem Leben ist unendlich, obwohl mir manches so vorkommt. Leider ist das nicht angenehm. Zum Beispiel Körperpflege: ein ewiger Kampf gegen den Verfall. Die Haare hören erst auf zu wachsen, wenn ich tot bin. Und selbst dann angeblich nicht. Aber allein die Gewissheit, dass ich sterbe - du übrigens auch! – ist ein guter Beweis dafür, dass nichts am menschlichen Sein unendlich ist. Das heißt Unendlichkeit ist unerfahrbar, sodass die Einsicht

darin, die Idee, dass es so etwas überhaupt gibt, mir angeboren oder eben gegeben sein muss. Das stellt auch den kartesischen Gottesbeweis dar. Der Gedanke an Gott ist so absurd, dass ich von allein nie darauf käme. Deswegen muss er von Gott sein, weil ausdenken kann man sich das nicht. Gott ist eine Farbe, die es noch nicht gibt. Gott ist eine sexuelle Spielart, die sich niemand vorstellen kann. Und dieser Gott schaut auf mich, besonders in den Pausen zwischen dem „ego cogito“.

So, jetzt ist Gott bewiesen - und der Mensch gleich mit. Gott war nämlich in dem Dilemma, sich zu fragen, ob der Mensch wirklich existiert. Wer ein anständiger Mensch ist, der die Zweifel nicht nur an Gott, sondern auch an sich selbst! Menschen, an denen der Zweifel nie seine scharfen Zähne wetzt, altern. Wer jung bleiben will, soll seinen ihren Körper nicht in glitzernden Hosen auf laute Konzerte schleppen, sondern lieber hin und wieder überlegen, ob man denn überhaupt ist. „Ich denke, also bin ich... so froh, dass ich ein Mädchen bin“, zum Beispiel. Die Vorstellung, dass Frauen anders als Männer denken, ist noch schwerer aus der Welt und den Köpfen zu bekommen als ein Ohrwurm von Adolf Andreas Gabalier. Da würde Descartes widersprechen, wär er nicht schon 368 Jahre tot. Also

ist es sein Gespenst, das jetzt mit mir schimpft: „Mon ami, genieerst du dich nicht?“

Der Einfachheit zuliebe gehe ich einmal davon aus, dass das Gespenst deutsch kann. So ein Gespenst hat ja ewig Zeit zum Lernen.

„Non, non, da hat jemand nicht zu Ende gedacht! Maximilien, ich habe den Geist vom Körper getrennt.“

„Ja, das seh ich.“

„Putain, nicht comme ça!“

Descartes hat den Geist eigenständig gedacht. Das Denken war manifest und ob die Welt, der Körper, die Physis überhaupt echt sind, war nachrangig. Der Geist wurde damit unabhängig. Und wahrscheinlich war ihm das vor 368 Jahren nicht bewusst, aber so ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau begründbar. Obwohl die Körper unterschiedlich sind, kann der Geist gleich sein, solange er zweifelt. Dass Menschen zweifeln, ist wiederum die anthropologische Konstante. „Bon!“ Und weiter: Das Denken war nicht mehr durch den Körper bestimmt. Diese Erkenntnis hat viel freigesetzt, weil es jetzt möglich war, sich mehr und anders mit dem Körper zu beschäftigen. Aber weil die Menschen Schweindln sind, haben sie sich erst einmal sehr lange sehr einseitig mit dem eigenen und fremden Körpern auseinandergesetzt. Und irgendwann hat es Frauen gereicht. Sie wollten



Foto: Lukas Igner

nicht nur Männern auf den Bauch hauen, wie Frau Susi, sondern über den eigenen Körper bestimmen.

Und dann kommt der Vorwurf, dass die Menschheit ausstirbt, wenn Frauen selbst bestimmen, ob sie Kinder wollen oder nicht. Neu ist er nicht. Er funktioniert genauso wie die Vorstellung, dass alle homosexuell werden, wenn man „Schwulenpropaganda“ erlaubt. „Schwulenpropaganda“, das ist, wenn Menschen Gleichheit einfordern. Schwul soll hier natürlich homosexuell im Allgemeinen bedeuten. An erster Stelle geht es immer um Männer, außerdem sind Lesben – also weibliche Schwule – ja eh geil. Sogar die mit den kurzen Haaren, die ausschauen wie ein Bub. „Daran ist jetzt aber bitte nix schwul“, empören sich die Pornokonsumenten. Ja, eh. Es ist Homosex mit Frauen, von denen zumindest eine aussieht wie ein Bub. Also, eigentlich ist es nur Sex. Wenn Homosexuelle Sex haben, haben sie Sex, nicht Homosex. Sie gehen ja auch nicht homoeinkaufen oder homostreicheln sich.

In beiden Fällen, beim Ablehnen von Gleichberechtigung nicht heterosexueller Personen wie bei der Freiheit von Frauen, wird Gleichheit als Gegenteil von Natürlichkeit verstanden. „Gleichheit ist unnatürlich und deswegen falsch“. Silikonbrüste von Filmlebens, Autos mit Sportstreifen (oder

ohne) und Penicillin sind aber super. Menschen können aber nicht nur ihre Brustgröße verändern, sondern manchmal auch Kinder kriegen – sollen sie sogar, wird uns nahegelegt. Frauen können dazu mit Männern Sex („Heterosex“) haben, also sollen sie. Manche Menschen können keine Kinder kriegen. Manche Menschen wollen keine Kinder kriegen. Ob es einen Unterschied macht, das heißt, ob ein Unterschied gemacht wird, nämlich in letzter Konsequenz den Unterschied, ob sie Frauen sind oder nicht, entscheidet ein Mann, nicht die Frau.

Als das erste Mal eine Frau aufschrieb, dass man nicht als Frau geboren wird, sondern dazu gemacht wird, war die Empörung groß. Da wollte eine Frau über ihren Körper und – sacre bleu! – darüber hinaus selbst bestimmen. Es dauerte nicht lange, bis erstmals darauf hingewiesen wurde, dass ihr Mann ja auch besonders hässlich wäre. Und das war interessant! Denn ihr Gspusi war einer der angesehensten Philosophen seiner Zeit. Da wurde der Partner einer selbstbewussten Frau plötzlich nach weiblichen Kriterien beurteilt und gleichzeitig die selbstbewusste Frau über ihren Mann erklärt. Das ist keine 368 Jahre her, sondern fühlt sich bloß so an.

Damals sagte man auch, dass Männer einfach biologisch so gebaut sind, dass

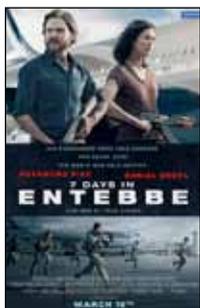
sie keine Kinder wollen, obwohl die meisten biologisch so gebaut sind, dass sie Kinder machen können. Tatsächlich ging es nie um die Sorge um die Menschheit. Was soll denn sein, wenn es keine Menschen mehr gibt? Nix, weil niemand es betrauert. Alle Tiere, die Menschen gut finden, haben eine kürzere Lebenserwartung als Menschen. Auch kein Zufall! Wir mögen es halt, vermisst zu werden.

Diese Sorge ist selbstsüchtig. Es geht nur ums eigene Fortkommen und bestenfalls den Fortbestand der eigenen Nachkommen. Die sollen leben und insgeheim hat man sich ja doch eingestanden, dass man aufeinander angewiesen ist. Die anderen sollen halt „in Gott’snamen“ auch leben, aber nur damit man selber leben kann. Statt „in Gott’snamen“ sagen manche auch „meinetwegen“. Entlarvend ist das! Der Mensch ist ein Rudeltier, das Rudel- und Durchschnittssex hat, anderen keinen Sex gönnt, g’schissn parkt und auch sonst sein eigenes Erleben erlebt. Nur Menschen können neidig sein. Deswegen wurde ihnen das gleich am Sinai (vom eingangs bewiesenen Gott) verboten. Der Mensch erlebt sein Erleben. Das unterscheidet ihn von den Pflanzen und Tieren. Was ein Strauch ist, will im Grunde seines Herzens nix. Er kann nix, kann auf Umwelteinflüsse nicht eingehen, nur reagieren. Sonne, Regen, Schnee, Hundelulu: Der Busch tut. Der Hund, von dem das Lulu stammt,

nimmt die Umwelteinflüsse wahr, reagiert und tut (brunzen). Es schneit, die Sonne scheint, der Schnee schmilzt, der Hund trinkt ihn. Und wir Menschen sehen das Lulu aus dem Schnee auf dem Strauch von dem Hund, müssen vielleicht auch brunzen, wägen ab und ludeln – nicht, denn es ist der Schlosspark und heute ist Schlossparkfest. Rundherum stehen Menschen. Scham ist auch eine Form des Neids. Also, manche wischerln schon auch am Schlossparkfest in die Wiesen. Aber das sind beinahe ausnahmslos Männer, die sich in einen Zustand versetzt haben, in dem sie das eigene Verhalten nicht mehr wahrnehmen und sich am nächsten Tag auch nicht mehr erinnern. Und dann machen diese Männer Witze über die Frauen, die sie daran erinnern, dass sie herumzudeln (urinieren).

Den einzigen guten Mann-Frau-Witz, den ich kenne, hat mir eine Frau erzählt. Er geht so: Sitzen zwei Homosexuelle im Zug. Sagt die eine zur anderen: „Lustig, jetz’ ham alle g’laubt wir sind Männer.“

*Maximilian Zirkowitsch ist Satiriker. Er hat Soziale Arbeit in St. Pölten studiert. Eine Zeit lang hat er sich auch am Juridicum Wien herumgetrieben. Zirkowitsch lebt in Wien. Das ist die Bundeshauptstadt von Österreich.*

**7 DAYS IN ENTEBBE**

José Padilhas Politthriller „7 Days in Entebbe“ hielt im Mai Einzug in die europäischen Kinos. Der „Narcos“-Regisseur bemüht sich um eine charmante, wenn auch teils präventive 1970er-Jahre Ästhetik. Leider ist seine Erzählung der 1976 von deutschen und palästinensischen Terrorist\_innen

ausgeführten Flugzeugentführung durchwoben von problematischen politischen Botschaften: Während Padilha viel Empathie für die antisemitischen Entführer\_innen aufbringt, trifft seine Kritik vor allem Israel.

**DEUTSCHE LINKE SELEKTIEREN JUDEN.** Merkwürdigerweise besetzen in Padilhas Filmadaption der spektakulären israelischen Befreiungsaktion „Operation Entebbe“ die deutschen Entführer\_innen die Hauptrollen. Wilfried Böse (Daniel Brühl), Mitglied der Post-RAF Organisation „Revolutionäre Zellen“, will moralisch integrier sein als seine nationalsozialistische Elterngeneration. Er sei „Idealist“ und „Menschenfreund“, weswegen er gegen den „imperialistischen, zionistischen Kolonialstaat“ kämpfe.

Gemeinsam mit seiner Kollegin Brigitte Kuhlmann (Rosamund Pike) und den beiden Kampfgefährten der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) entführt Böse ein französisches Passagierflugzeug. Durch Zutun des ugandischen Präsidenten Idi Amin zwingt er dieses zur Landung in der Hauptstadt Kampala und führt eine Selektion zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Passagier\_innen durch.

Unter der Androhung, die Kinder der Geiseln zu töten, sollen deutsche und palästinensische Terrorist\_innen freigesetzt werden.

Die deutschen Entführer\_innen werden dabei als sympathische, fehlgeleitete Idealist\_innen gezeichnet, die PFLP-Terroristen sind wegen der im Film beschriebenen „Grausamkeiten der Israelis“ außerordentlich nachvollziehbare Fanatiker, Idi Amin wird als „spaßiger Irrer“ dargestellt.

**KAMPFLUSTIGE ISRAELIS.** Und die israelische Regierung? Die spricht als einzige Akteurin der Erzählung nicht in ihrer Muttersprache, sondern Englisch mit hebräischem Akzent, obwohl mit Lior Ashkenazi ein israelischer Film-Superstar den ehemaligen Premierminister Jitzchak Rabin spielt. Die Regierung stellen politische Hardliner\_innen, und der Film stellt in unmissverständlichen Texttafeln klar: Damals wie heute wollen sie einfach nicht über den Frieden verhandeln, sondern lassen lieber die Waffen sprechen. Rabin, der später als Ikone der Friedensbewegung von einem israelischen Extremisten ermordet wurde, hegt in Padilhas Erzählung symbolische Zweifel am vermeintlich harten Kurs. Benjamin Netanjahu, der damals als Soldat an der Befreiung der Geiseln mitgewirkt hat, bekommt ebenfalls Screen Time. Bekannterweise verlor sein Bruder Yoni bei dem Einsatz das Leben. Dem Film dient dieser Verhalt, der Einfachheit antiisraelischer wie antisemitischer Narrative wegen, als willkommene Erklärung für gegenwärtige Politiken: Dem aktuellen Premierminister des jüdischen Staates geht es – der Filmsymbolik nach – um persönliche Vergeltung. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Der „nachtragende Jude“ also, ein klassisches antisemitisches Stereotyp.

**VERSÖHNUNG UND TANZ.** Die Deutschen hingegen sind umso versöhnlicher, insbesondere hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit: Inmitten des Filmes kollabiert eine Geisel. Die alte Dame wird vom deutschen Filmstar Daniel Brühl aus der Sammelhalle gebracht, wo er sie sanftmütig und verständnisvoll beruhigt, ehe sie ihren Kopf auf seine Schultern legt und er ihre Hand zu halten beginnt, auf welcher eine KZ-Nummer eintätowiert ist. Regisseur Padilha offenbart in seiner Erzählung eine klare Agenda: Er will nicht wahrhaben, dass der deutsche Judenentführer Böse ein Antisemit ist.

Auch filmtechnisch überzeugt „7 Days in Entebbe“ nicht, die internationalen Kritiken fielen demgemäß negativ aus. Einzig die Tanzperformance des legendären israelischen Choreografen Ohad Naharin imponiert. Spektakulär und eindringlich lässt er die Batsheva Dance Company zu einer modernisierten Version des jüdischen Kinderliedes „Echad Mi Yodea“ tanzen, während die Einsatzkräfte der israelischen Armee den Entführer\_innen in Slow Motion das Handwerk legen.

Wem jedoch die historische Akkuratess der Entführung relevanter als der Tanz erscheint, dem der sei „Operation Thunderbolt“ (Menahem Golan, ISR 1977) empfohlen. In dieser israelischen Entebbe-Verfilmung mit Assi Dayan und Gila Almagor spielt Klaus Kinski die Rolle des Wilfried Böse – als Film-Bösewicht, anders als in Padilhas Neuverfilmung.

*7 Days in Entebbe (USA/GB 2018)*

*Regie: José Padilha, seit 11. Mai im Kino zu sehen*

*Adrian Jonas Haim studiert Politikwissenschaft sowie Zeitgeschichte & Medien an der Universität Wien.*

**VON BLUMEN, BIENEN UND GASPEDALEN**

Sex ist Kopsache, so viel ist klar. Doch was genau sich im Gehirn abspielt, wenn wir mal (nicht) in Stimmung sind, steht in dem Buch „Come As You Are“ (auf Deutsch „Komm, wie du willst“) von Emily Nagoski. Die Sexualpädagogin will mit Missverständnissen und Mythen endgültig aufräumen und vor allem Frauen dabei helfen, ein entspannteres Verhältnis zu ihrem Körper zu gewinnen. Wissenschaftlich detailliert und einfühlsam zugleich schildert Nagoski, warum Menschen so unterschiedlich ticken. Mit Anekdoten von verschiedenen Paaren und Beobachtungen über die sexuellen Abenteuer von Laborratten erklärt sie, dass wir alle aus den gleichen Teilen in unterschiedlicher Anordnung bestehen. Unser

Gehirn hat ein sexuelles Gaspedal und Bremsen, die dafür verantwortlich sind, wie wir auf sexuelle Reize reagieren. Wie empfindlich Gaspedal und Bremsen sind entscheidet, wie wir sexuelle Verlangen erleben: spontan oder kontextabhängig. Beides ist normal. Wichtig ist nur, herauszufinden, worauf das eigene Gaspedal und die Bremsen reagieren, um Kontrolle über die eigene Libido zu haben. Guter Sex benötigt den richtigen Kontext für alle Beteiligten.

Bei Männern besteht eine etwa 50 prozentige Überschneidung zwischen dem Auftreten einer Erektion und tatsächlicher Erregung. Bei Frauen ist die Chance, dass die Durchblutung ihrer Genitalien mit ihrer mentalen Erregung übereinstimmt, nur etwa zehn Prozent. Salopp gesagt: Weder der härteste Ständer noch die feuchteste Muschi sind ein Garant für echte Geilheit. Spätestens seit Freud wird Sexualität als Trieb verstanden, doch Nagoski wiederlegt auch diese These. Ein Trieb ist ein Überlebensmecha-

nismus. Ein unangenehmes Gefühl wie Hunger ist ein Trieb, der uns zum Essen motiviert, damit wir nicht verhungern. Sexuelle Erregung ist jedoch nicht unangenehm und es ist noch niemand an zu wenig sexueller Befriedigung gestorben.

„Bin ich normal?“ ist wohl die Frage, die sich viele über ihre Geschlechtsorgane, ihre Libido oder ihre sexuellen Vorlieben am häufigsten stellen. Nagoski beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen „Ja!“ und verhilft ihren Leser\_innen dabei zu besserem, erfüllenderem Sex.

„Bin ich normal?“ ist wohl die Frage, die sich viele über ihre Geschlechtsorgane, ihre Libido oder ihre sexuellen Vorlieben am häufigsten stellen. Nagoski beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen „Ja!“ und verhilft ihren Leser\_innen dabei zu besserem, erfüllenderem Sex.

*Emily Nagoski, Komm, wie du willst. Das neue Frauen-Sex-Buch, Knauer 2017, 12,99 Euro*

*Theresa Loibl studiert Gender Studies sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.*

## DIE EIGENEN VERBRECHEN AUSSTELLEN



Die Sonderausstellung „Die Wiener Medizinische Fakultät 1938 bis 1945“ im Josephinum, der Sammlung der Medizinischen Universität Wien direkt hinter dem Campus, sollte man sich nicht entgehen lassen. In nur eineinhalb Räumen schaffen es die Kuratoren Herwig Czech und Niko Wahl in aller Kürze – aber dennoch repräsentativ – auf unterschiedlichste Bereiche der Medizin vor, während und nach der NS-Zeit einzugehen. Von der „Volksgesundheit“, über die Diskriminierung und Verfolgung von jüdischen Student\_innen, die Militarisierung der Medizin und dem Berufsverbot für jüdische Ärzt\_innen wird ein weiter Bogen gespannt, der bis zur heutigen Zeit

reicht. Auch aktuelle und noch offene Fragen, wie etwa der Umgang mit dem Geschehenen, werden angesprochen. Besonders positiv hervorzuheben ist es, dass die Ausstellung umfangreich auf die Karrieren der Täter\_innen nach 1945 eingeht, die unter anderem auf dem Mangel an Mediziner\_innen aufbauten, der durch Vertreibung und Ermordung geschaffen worden war. Die Auswahl der gezeigten Objekte ist bemerkenswert: Statt mit plakativen Zeugnissen der Gräueltaten, die unter dem Deckmantel der Medizin in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, und die man in einer solchen Ausstellung vermuten mag, werden Dinge gezeigt, die deutlich differenzierter – aber keinesfalls weniger deutlich – an die Thematik heranführen. Nicht nur deshalb ist es erfreulich, dass die Ausstellung nach den geplanten Renovierungsarbeiten 2019/20 als permanente Ausstellung erhalten bleiben soll. Die Texte und Objektbeschreibungen fallen knapp aus, was den Be-

such in einer ein- bis zweistündigen Pause zwischen zwei Lehrveranstaltungen ermöglicht. Im Eintrittspreis enthalten ist auch der Zugang zur Sammlung anatomischer Wachsmodelle aus dem 18. Jahrhundert, die man sich alleine schon aufgrund der Stimmung in den Sälen und der Vitrinen aus Rosenholz und venezianischem Glas kurz ansehen sollte.

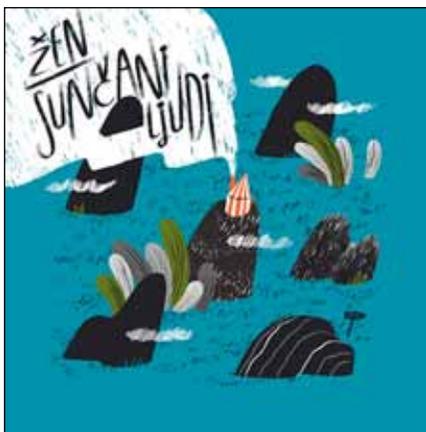
*Die Wiener Medizinische Fakultät 1938 bis 1945, noch bis zum 6. Oktober 2018 im Josephinum (Währinger Straße 25, 1090 Wien)*

*Mi. 16–20 Uhr, Fr. und Sa. 10–18 Uhr*

*Eintritt (nur Barzahlung): 8 Euro, ermäßigt für Student\_innen (bis 26) 5 Euro*

*Andrea Berger studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Zeitgeschichte und Medien an der Universität Wien.*

## Zweimal hingehört

ZEN  
SUNČANI LJUDI

**MARIE LUISE:** Die kroatische Band „ZEN“ hat im Jänner ein weiteres Album unter dem queerfeministischen Wiener Label Unrecords herausgebracht. Der Titel „Sunčani ljudi“, bedeutet übersetzt so etwas wie „sonnige Leute“. Die vielreisende Band hat in einigen großen Städten Europas einen Stamm an Fans und Bewunder\_innen gefunden. Sie definieren die eigene Musik als „psy indie rock“ und sich selbst als audiovisuelle Band, weil sie immer mit einer Frau auftreten, die live Visuals zur Musik fabriziert. Die Klänge der Lieder sind verträumt und entführen in mit Synthesizern unterlegte Sphären. Die Texte sind durchwegs kroatisch. Zu ihrem Lied „Pusti me da hodam“ („Lass mich gehen“), das auch auf dem neuen Album vertreten ist, ist ein Musikvideo erschienen, in dem ein Mann im Rollstuhl mit seinen Hunden zu sehen ist. In den verträumt wirkenden Aufnahmen fährt er zu einem Wasserfall, geht baden und lässt sich tätowieren. Die drei Musikerinnen haben das Album aufge-

nommen, während sie mehrere Europa Touren unternahmen und ihren Kampf um das Überleben des Autonomen Zentrums in Zagreb führten, in dem sie proben und aufnehmen. Live reißt diese Band mit, berührt das Publikum, und hinterfragt Gender-Stereotype.

**KATJA:** Auch wenn das Album „Sunčani ljudi“ von Zen schon im Jänner erschienen ist, wollten wir es in dieser Ausgabe besprechen. Einerseits, um endlich mal eine Platte des tollen Wiener Labels Unrecords vorzustellen, welches schon zwei andere Alben von Zen veröffentlicht hat und außerdem noch Artists wie Aivery oder Petra und der Wolf im Katalog hat. Andererseits, weil „Sunčani ljudi“ – siehe Übersetzung von Marie Luise – erst jetzt im Sommer so richtig gehört werden kann, wie es dem Lied gebührt, mit einer ordentlichen Portion Sonne am Himmel und dem ein oder anderen Spritzer am Balkon oder im Park. Zen kann man in die Genres Post Rock oder Math Rock einordnen, für beide Schubladen sind sie meistens aber viel zu fröhlich und gut gelaunt. Nicht immer, wohlgermerkt, aber diese Band passt auf einem Festival wohl am ehesten auf die Nachmittagsbühne. Zur Musik lässt sich am besten chillen und in der Wiese liegen. Eine Afterhour kann man auch gut damit beschallen und bevor ich beginne, Tipps zum Drogenkonsum dazu zu liefern, höre ich lieber auf mit dieser Art der Beschreibung.

*Katja Krüger hat Slawistik und Germanistik an der Universität Wien studiert.*

VAGUE  
LAND

**MARIE LUISE:** „Land“ ist die dritte Platte der Wiener Band Vague und wird Mitte Juni bei dem Wiener Label Siluh erscheinen. Sie klingt gitarrenlastig, sensibel und unaufgeregt. Die Lieder fliegen dahin wie grüne Hügel, denen man aus einem Zugfenster zusieht. Es gibt keine großen Löcher oder Brüche, die Lieder greifen ineinander und ab und an sind eingespielte Klänge zu hören. Alles passt, als wäre es aus einem Guss, stilsicher und klar. Die Lyrics treten in den Hintergrund und ziemlich schnell nachdem man in eines der Lieder hineingehört hat, werden die Melodien vor allem von den gesungenen Worten getragen, die mit weichen Stimmen und ab und zu Kopfstimmen vorgetragen werden. Aufgenommen und produziert wurden die Songs und eingespielten Interludes von der Band selbst, die sich so mehr Raum für unkonventionelle Zugänge ermöglicht. Vague arbeiteten erstmals mit einem Saxofonisten zusammen und erweiterten ihre Instrumentation nun um Keyboard-Sounds und Drum-

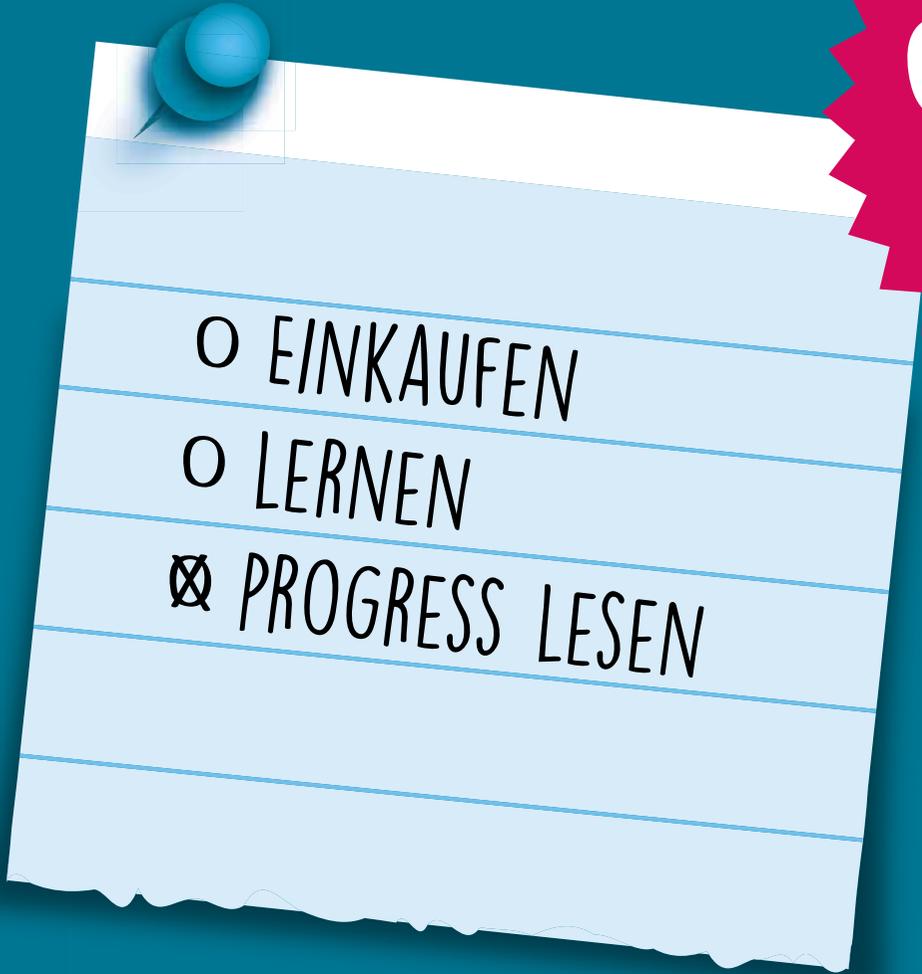
computer. Insgesamt ist Vague mit „Land“ ein harmonisches und gefälliges Album gelungen – und das ist keinesfalls negativ gemeint.

**KATJA:** Eine Band, um die man in Wien nicht herumkommt: Vague. In so ziemlich jeder Konzert-Location der Stadt haben sie schon gespielt und am 15. Juni werden sie in der Arena ihr neues Album live präsentieren. Darauf finden sich viele Facetten der Band, die auch schon auf ihrer EP und dem Vorgängeralbum „In the Meantime“ zu hören waren und ihren Sound ausmachen, vor allem Empfindsamkeit und gleichzeitige Leichtigkeit des Seins. Bei „Land“ hört man aber neben dem Lo-Fi-Gesang sofort eine perfektionistische Ader heraus, die vermutlich damit zu erklären ist, dass das Album auch selbst produziert wurde. Zwar liegt der Schwerpunkt auf Improvisation und Zufall, doch ist nichts an „Land“ roh. Die Songs greifen ineinander wie ein Uhrwerk, funktionieren ohne Störung und Unterbrechung wunderbar als komplettes Album. Die Band selbst nennt ihren Stil Post-Indie-Pop. Manchmal ist ein bisschen Shoegaze und beizeiten auch Post-Rock zu hören. Das Ganze könnte ein bisschen mehr Biss und Aufregung vertragen, doch eigentlich hat es Marie Luise mit „harmonisch und gefällig“ gut auf den Punkt gebracht. Das ist eben keine Kritik, sondern nur ein Hinweis, bevor man sich die Platte anhört.

*Marie Luise Lehner studiert Drehbuch und Ton an der Filmakademie Wien.*

# Nimm dir Zeit.

**GRATIS  
ABO!**

- 
- EINKAUFEN
  - LERNEN
  - PROGRESS LESEN

Das Magazin der ÖH Bundesvertretung, von und für Student\_innen.  
Du willst mitmachen? Melde dich unter [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

Gratis Abo? Einfach unter [www.progress-online.at/abo](http://www.progress-online.at/abo) bestellen.

**progress**